

Baden-Baden 1962 – Weichenstellung der deutsch-französischen Union?

Charles de Gaulle und Konrad Adenauer als Protagonisten der europäischen Integration

Von

Peter Steinbach

*Ehe Deutschland und Frankreich
nicht Hand in Hand gehen,
wird nirgends Frieden werden.
(Aristide Briand)*

Im Laufe des Jahres 2012 wurde wiederholt politischer Ereignisse gedacht, die vor fünf Jahrzehnten – in den Worten der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel – eine der *international bedeutendsten Freundschaften*¹ begründet hätten. Erinnerungen an Weichenstellungen europäischer Integration standen dabei aus tagespolitischen Gründen oft unter dem Eindruck der Banken-, Finanz- und Währungskrisen, die nach 2008 innerhalb der politischen Gemeinschaft Europas und der Währungsunion unterschiedliche Interessen sichtbar gemacht hatten. Skeptische Bewertungen des Integrationsprozesses schienen nun die historische Bedeutung der europäischen Einigung zu schmälern, die ohne die deutsch-französische Zusammenarbeit undenkbar gewesen wäre².

Immer häufiger wurde zugleich seit dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 in der Tagespublizistik behauptet, der Zusammenhalt zwischen Frankreich und Deutschland sei unter dem Eindruck finanzpolitischer Divergenzen fragiler geworden. Von klimatischen Störungen war ebenso die Rede wie von politischen Animositäten, die im Gegensatz zu dem engen und geradezu freundschaftlichen Verhältnis zu stehen schienen, das sich seit den fünfziger Jahren zwischen Bun-

1 VideoPostcast 24 der Bundeskanzlerin <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2012/07/2012-07-07-podcast.html> (Aufruf v. 16. 10. 2012). Vgl. Ulrich PFEIL, Zur Bedeutung des Élysée-Vertrags, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr.1–3, Jg. 63 v. 31. 12. 2012, S. 3–8.

2 Wolfram HILZ, Von ‚Merkozy‘ zu ‚Merkollande‘, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 1–3, Jg. 63 v. 31. 12. 2012, S. 23–29.

deskanzler Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing oder Helmut Kohl und seinen französischen Gesprächs- und Verhandlungspartnern Mitterrand und Chirac entwickelt hatte. Nicht selten wurde dabei das Modell eines deutsch-französischen Kerneuropas, eines Europas der zwei Geschwindigkeiten und der währungspolitischen Euro-Partnerschaft beschworen und in Frage gestellt.

In diesem Beitrag soll der Blick auf eine entscheidende Phase der enger werdenden, von zunehmendem persönlichen Vertrauen zwischen den Beteiligten getragenen politischen Zusammenarbeit zwischen Charles de Gaulle und Konrad Adenauer gelenkt werden. Sie hatte ihren entscheidenden Durchbruch Anfang 1962 in einer Stadt des deutschen Südwestens, in Baden-Baden, erlebt. Die enge und für die weitere Entwicklung der politischen Integration entscheidende Kooperation, die zunächst vor allem von Charles de Gaulle als eine „Union“ beider Staaten angedacht worden war, konnte sich innerhalb weniger Monate auf der Grundlage sehr vertrauensvoller und offener persönlicher Beziehungen zwischen de Gaulle und Adenauer entwickeln. Sie wurde von beiden als Ausdruck ihrer Freundschaft empfunden.

Zwar hatte bereits im Sommer 1962 die Tageszeitung *Le Monde* betont, *nichts schadet der Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland mehr, als aus ihr einen Mythos oder auch ein ‚Wunder‘ zu machen*³. Wiederholt hatten bei ihren gegenseitigen Staatsbesuchen im Sommer 1962 sowohl Adenauer als auch de Gaulle die Annäherung ihrer Regierungen und Völker als eine Art *Wunder* bezeichnet und beschworen und damit historische Reminiszenzen angesprochen, vielleicht sogar politisch instrumentalisiert⁴.

Sprach sich der anonym gebliebene Verfasser von *Le Monde* auch für eine zurückhaltende Bewertung der Begegnungen aus, so war ihm doch die Bedeutung der beiden Staatsmänner bewusst, die die Beziehungen ihrer beiden Staaten im Zuge der europäischen Integration neu ordnen wollten. *Ehren wir ihre beiderseitigen Verdienste, die umso augenfälliger sind, als es nicht solche von Vorläufern sind. Beide, der eine sowohl als der andere, haben das von der Geschichte gegrabene Flussbett kanalisiert, verbessert und erweitert*⁵.

Eine die weitere Entwicklung prägende Begegnung der Regierungschefs beider Nationen fand im Februar 1962 in Baden-Baden statt. Ihre Vor- und Nach-

3 Der Artikel wurde nachgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (künftig abgekürzt: FAZ) 158 v. 11. 7. 1962, S. 9.

4 Etwa de Gaulle in einer Tischrede bei dem Empfang für Adenauer in Paris am 3. 7. 1962, zit. nach FAZ 152 v. 4. 7. 1962, S. 4. Vgl. aber auch Corine DEFRANCE, Die Meistererzählung von der deutsch-französischen ‚Versöhnung‘, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Nr. 1–3, Jg. 63 v. 31. 12. 2012, S. 16–22. Sie spricht allerdings eher distanziert von *Mythenbildung* und einer *erzählerischen Fiktion* [...], *welche die Wirklichkeit inszeniert*; siehe auch Clemens KLÜNE-MANN, ‚Eiserner Kanzler‘ und ‚Grande Nation‘, in: ebd., S. 9–16.

5 FAZ 158 v. 11. 7. 1962, S. 9.

geschichte gestattet es, die Entstehung eines vertrauensvollen Klimas bei den gegenseitigen Treffen und Gesprächen zu verfolgen, die seitdem charakteristisch für die meisten deutsch-französischen Begegnungen geblieben sind. Die Bedeutung dieser frühen Baden-Badener Weichenstellung ist weitgehend aus dem historisch-politischen Bewusstsein der Gegenwart geschwunden. Dies zeigte sich nicht zuletzt bei der Vorbereitung der Feierlichkeiten im Vorfeld der Zelebrierung des 50. Jahrestages des Élysée-Vertrages vom 22.1.1963. In Baden-Baden fand lediglich eine bürgerschaftlich angestoßene Gedenkveranstaltung im privaten Rahmen in den Räumen von Brenners Park-Hotel statt, das die Staatsmänner beherbergt hatte.

Der Schwerpunkt öffentlicher Erinnerung akzentuierte zunächst die denkwürdigen Staatsbesuche Adenauers und de Gaulles im Jahre 1962. Obwohl sich bereits in den fünfziger Jahren wegweisende und entscheidende Veränderungen in den Beziehungen der beiden Staaten ergeben hatten, wurden auch diese Feiern auf den Élysée-Vertrag orientiert, der am 22. Januar 1963 in Paris unterzeichnet werden konnte. Der Frankreichreise Adenauers vom 8. Juli 1962 wurde in Reims, des Gegenbesuchs de Gaulles vor allem in Ludwigsburg gedacht⁶.

Im Rückblick zeigt sich, dass die damaligen gegenseitigen Staatsbesuche vor allem ein Ziel hatten: Die in Baden-Baden im Februar angestoßene Entwicklung durch eine positive Begeisterung der Völker auf eine festere Grundlage zu stellen. So wurde Adenauer im Sommer 1962 in Frankreich freundlich empfangen. Die ihm entgegengebrachte Sympathie war aber nicht vergleichbar mit derjenigen, die de Gaulle in Deutschland entfachen konnte. Anfang September 1962 lenkte de Gaulle in Deutschland den Blick seiner Franzosen auf die von ihm besuchten deutschen Städte, die jeweils eine symbolische Bedeutung hatten und geeignet waren, historische Erinnerungen bei den Franzosen zu wecken, die korrigiert werden sollten. In jeweils intensiv vorbereiteten Ansprachen wandte sich de Gaulle zugleich an die deutsche Öffentlichkeit und wusste nicht nur zu beeindrucken, sondern regelrecht zu begeistern. Fünfzig Jahre später wurde die als politischer Triumphzug gedeutete Reise noch einmal in Ludwigsburg in das Zentrum einer deutsch-französischen Erinnerungsfeier gerückt.

Sowohl in Reims als auch in Ludwigsburg haben der französische Staatspräsident François Hollande und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel an den Feierlichkeiten teilgenommen, auch, um die Ereignisse des Jahres 1962 in das Gedächtnis zu rufen⁷. Dabei war es eine Folge der sich seit Herbst 2008 ausbreitenden Banken- und sich anschließend zur Eurokrise ausweitenden Entwicklung der Staatsfinanzen, dass es keinem Redner gelingen konnte, an die

6 Adenauer hatte bei dieser Gelegenheit auch eine Messe im Dom von Reims gefeiert und mit der „Versöhnungsmesse“ einen besonderen Akzent gesetzt.

7 Vgl. Roman DEININGER, Ausbruch an Herzlichkeit, in: Süddeutsche Zeitung 221 v. 24. 9. 2012, S. 7.

mitreißende Emotionalität anzuknüpfen, die im Laufe des Jahres 1962 vor allem de Gaulles bilaterale Initiativen gekennzeichnet hatte.

Weil bei den Jubiläumsfeierlichkeiten nicht an den Beginn der staatsrepräsentativen und diplomatischen Offensive im Februar 1962 erinnert wurde, soll in diesem Beitrag das Hauptaugenmerk auf die überraschende Begegnung von Adenauer und de Gaulle gelegt werden, die am 15. Februar 1962 in Baden-Baden stattfand.

Diese Zusammenkunft steht am Beginn einer Ereigniskette, die das Jahr 1962 zu einem entscheidenden Wendepunkt in der Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen in den Jahren 1962/1963 macht. Die Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages⁸ ging in die Annalen der deutschen und der europäischen Nachkriegsgeschichte ein⁹. Er gilt als Fundament der deutsch-französischen Freundschaft und der intergouvernementalen Zusammenarbeit, die nicht nur die europäische Integration auf eine feste Grundlage gestellt hat, sondern die auch eine sich über einen Zeitraum von etwa zwei Jahrhunderten erstreckende angebliche deutsch-französische „Erbfeindschaft“ abschließen konnte.

Die Baden-Badener Begegnung hat Konrad Adenauer bereits in seinen Erinnerungen hervorgehoben¹⁰. Um aber den Stellenwert der Zusammenkunft im Zusammenhang einer Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit gänzlich ermessen zu können, sollen die Gespräche und Umgangsformen der beiden Staatsmänner vom 15. Februar 1962 in den Kontext der vorangegangenen Treffen sowie anschließender Regierungskonsultationen gerückt werden. Adenauers Schilderungen stützten sich augenscheinlich auf die Gesprächsprotokolle, die teilweise 2010 publiziert wurden. Die Protokolle der Gespräche, die zwischen 1958 und 1961 stattgefunden haben, sind bisher noch nicht veröffentlicht worden. Dies macht die Erinnerungen Adenauers und de Gaulles weiterhin zu einer wichtigen Quelle.

Gut zugänglich sind hingegen die Protokolle der Besprechungen, die 1962 zwischen der deutschen und der französischen Regierung unmittelbar im Vorfeld des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages stattfanden¹¹. Die Edi-

8 Zur Diplomatiegeschichte der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dokumentarischer Ebene vgl. Horst MÖLLER und Klaus HILDEBRAND (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949–1963, 4 Bde., München 1967.

9 Vgl. allgemein zur Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen nach 1945: Raymond POIDEVIN u. Jacques BARIÉTY, Frankreich und Deutschland: Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982, S. 423 ff.; sehr wichtig Gilbert ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945: Mythen und Realitäten, Stuttgart 1967.

10 Konrad ADENAUER, Erinnerungen 1959–1963, Fragmente, Stuttgart 1968, S. 136 ff.

11 Vgl. nun auch Armin FUHRER und Norman HAß, Eine Freundschaft für Europa: Der lange Weg zum Élysée-Vertrag, München 2012.

tion der Akten zur Auswärtigen Politik des Jahres 1962 erhellt die Bedeutung der Baden-Badener Begegnung für den Fortgang dieses Jahres. Es zeigt sich, dass hier eine Entwicklung vorbereitet wurde, die nahelegt, das Baden-Badener Treffen als eine Art „Roadmap“ der deutsch-französischen Freundschaft zu deuten. Um den Stellenwert der Baden-Badener Begegnung verlässlich ermessen zu können, müssen die persönlichen Vorgespräche zwischen de Gaulle und Adenauer berücksichtigt werden. Sie geben Aufschluss darüber, wie sich de Gaulle und Adenauer gegenseitig vertrauend austauschten und gemeinsam die großen außenpolitischen Konflikte der ausgehenden fünfziger und frühen sechziger Jahre bewältigten. Dies mündete schließlich in eine Strategie deutsch-französischer Zusammenarbeit.

Die Überraschung

In der zweiten Februarwoche des Jahres 1962 wurde sowohl die deutsche als auch die französische Öffentlichkeit durch die Ankündigung überrascht, es werde innerhalb weniger Tage, d.h. äußerst kurzfristig, zu einem aus Paris angeregten Treffen des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle und des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer kommen. Selbst die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), die gewöhnlich über gute Kontakte zu den Bonner Regierungskreisen verfügte und außenpolitisch in der Regel bestens informiert war, hatte nichts von diesem Treffen erfahren und deshalb nichts verlautbart. Die Redaktion konnte am 15. 2. 1962 nur vermelden, am Vorabend des 14. Februar 1962 hätte die französische Regierung den Wunsch geäußert, sehr bald und *unmittelbar* mit Bundeskanzler Adenauer über wichtige außenpolitische Fragen zu sprechen, insbesondere über den Stand der europäischen Einigungspolitik.

Über die weitere Integration Europas bestand damals wenig Klarheit, denn unterschiedliche Stoßrichtungen der weiteren europäischen Entwicklung wurden zwischen „Europäern“ und „Atlantikern“ heftig diskutiert. Ein halbes Jahr nach dem Bau der Berliner Mauer war die weitere verlässliche Festigung der europäischen Sicherheit im Rahmen der Nato konzeptionell ungeklärt: Die politische Perspektive der europäischen Integration orientierte sich an zwei plakativ vertretenen, sich dabei aber keineswegs ausschließenden Prinzipien – den geradezu gegensätzlich gedachten Modellen von Konföderation und Integration.

Das Treffen sollte in einer grenznahen Stadt stattfinden. Bald war klar: Die Wahl war auf Baden-Baden gefallen. Diese Stadt erschien dem Korrespondenten der FAZ als Symbol einer Begegnung ebenso geeignet wie ambivalent zu sein.

Einerseits läge der Ort *auf halbem Wege* zwischen Bonn und Paris. Das sprach für den damaligen Weltkurort. Andererseits sei die Stadt als Sitz der

französischen Militärverwaltung stark durch Erfahrungen der französischen Besatzungszeit geprägt. Auch das musste kein Nachteil sein. Denn mit einem seiner Stadtviertel, der heutigen Cité im Westen, erscheine Baden-Baden sogar auf unübersehbare Art geradezu als eine in Deutschland gelegene *französische Stadt*.

Nicht erwähnt wurde, dass Charles de Gaulle die Stadt kannte. Als Präsident der Vorläufigen Regierung der Republik Frankreich hatte er auf einer Rundreise durch die französische Besatzungszone Anfang Oktober 1945 Station in Baden-Baden gemacht¹². In seiner Freiburger Rede hatte er betont, dass in Europa eine neue Gemeinschaft der Menschen *guten Willens und gesunden Menschenverstandes* entstehen könne¹³. In Baden-Baden rückte er französische Sicherheitsinteressen in den Vordergrund: *Unsere Gegenwart hat zum Ziel, Frankreich hier für lange Dauer einzurichten. Wir erfüllen damit eine geschichtliche Aufgabe für unser Land, eine Aufgabe, die in der Vergangenheit so oft unterbrochen worden ist*¹⁴. Diese Betonung französischer Sicherheitsinteressen spielte bei der Begründung der Auswahl von Baden-Baden nun keine Rolle mehr.

Hingegen erinnerte die „Frankfurter Allgemeine“ an die in Baden-Baden *im vergangenen Jahrhundert* begründete Tradition deutsch-französischer Begegnungen auf Regierungsebene¹⁵ – ein Hinweis auf das Treffen des französischen Kaisers Napoleon III. mit deutschen Landesherren im Jahre 1860¹⁶. Der FAZ-Kommentar des Folgetages machte deutlich, dass die Beratungen zwischen de Gaulle und Adenauer wirklich geheim geblieben waren. Nicht einmal das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ konnte eine Woche später das Dunkel erhellen, sondern konstatierte lediglich ein angebliches *gewisses Staunen*, gar eine *Bitterkeit* Adenauers darüber, dass de Gaulle sich *in kleinem Kreise* sehr negativ über die europäische Integration geäußert habe¹⁷. Wie die Protokolle zeigen, konnte davon keine Rede sein.

Die spätere Kommentierung des Treffens machte deutlich, dass sich auch die FAZ-Redaktion auf nicht mehr als auf Vermutungen und spätere Presseerklärungen der Außenministerien stützen konnte. Das änderte sich auch am folgenden Tag nicht, denn Gesprächsinhalte drangen nicht nach außen. Kein Geheim-

12 Reiner HAEHLING VON LANZENAUER, Staatspräsident de Gaulle in Baden-Baden, in: *Aquae* 2012, S. 119 ff.

13 Heiko HAUMANN u. a. (Hg.), *Geschichte der Stadt Freiburg*, Bd. 3, Freiburg 1992, S. 396.

14 SCHUNCK, de Gaulle (vgl. Anm. 30) S. 338, zit. nach HAEHLING, Baden-Baden (wie Anm. 12) S. 120.

15 *N.B.*, Auf halbem Wege?, in: FAZ Nr. 40 v. 16. 2. 1962, S. 1.

16 Vgl. Rolf RÖBLER, Die Fürstenzusammenkunft im Juni 1860 in Baden-Baden, in: *Aquae* 2006, S. 77–101.

17 *Der Spiegel*, Jg. 16 (1962) Nr. 8 v. 21. 2. 1962, S. 29. Die Protokolle zeigen, dass dieses eine reine Spekulation war.

nis war lediglich, dass die Beratungen des Ausschusses unter Leitung des Präsidenten eines „Comité chargé d'étudier les projets d'unité politique européenne“ Christian Fouchet¹⁸ über das Statut einer europäischen Union der Gemeinschaftsstaaten auch im zweiten Anlauf weiterhin¹⁹ stockten und deshalb auf höchster Regierungsebene der Versuch unternommen wurde, den Knoten wenn nicht zu zerschlagen, so doch zu lockern.

Innerhalb der nächsten Tage könne man mit keinem positiven Ergebnis rechnen, hatte es damals in den späten Januartagen geheißen – in der Tat scheiterte jedoch der Plan der Fouchet-Kommission, die europäische politische Union als Folge einer *nüchternen Installation funktionsfähiger übernationaler Verwaltungsbehörden mit politischer Spitze* zu bilden²⁰, endgültig im April 1962.

Vielleicht war de Gaulle angesichts dieser Schwierigkeiten weniger ratlos als die deutsche Seite. Denn er wollte die politische Führung sichern, aber auf keinen Fall eine Repräsentation Europas durch die Bürokratie oder gar durch ein europäisches Parlament. Er setzte auf die Entschiedenheit und Effizienz der Regierungen und deshalb auf eine deutsch-französische Kooperation²¹.

Auf lange Sicht verfehlte de Gaulle damit zwar den weiteren Gang der europäischen Integration. Nach seinem Rücktritt im April 1969 veränderte sich deren grundlegende Ausrichtung. Vor allem durch den Beitritt Großbritanniens erfolgte eine neue innereuropäische Gewichtung, die de Gaulle stets befürchtet hatte. Entscheidend waren auch die Wahlen zum europäischen Parlament, mit der die Demokratisierung und Parlamentarisierung der europäischen Institutionen forciert wurde. Seit der Mitte der sechziger Jahre waren Politiker der Ansicht, durch die Wahl eines europäischen Parlaments das demokratische Defizit korrigieren zu können, das die Akzeptanz der Union erschwerte. Dies hatten weder Adenauer noch de Gaulle so gesehen. Die Aufforderung, *Demokratie* auch in Europa *zu wagen*²² war eine Perspektive, die zugleich einen Bruch mit den Plänen vorangegangener Jahrzehnte bedeutete.

Diese ganz anders verlaufende weitere politische Entwicklung ist für die Bewertung der Gespräche zwischen Adenauer und Charles de Gaulle nicht ent-

18 Helga HAFTEORN, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000*, Stuttgart u. München 2001, S. 70 ff.; Vgl. Christian FOUCHET, *Mémoires d'hier et de demain*, t.1, Paris 1971; DERS., *Au service du général de Gaulle*, Paris 1973.

19 Am 18.1.1962 hatte Fouchet einen modifizierten Entwurf vorgelegt, der von de Gaulle maßgeblich beeinflusst war und die zuvor verhandelten gemeinschaftsorientierten Positionen nicht mehr enthielt. Fouchet scheiterte damit im April endgültig.

20 *Der Spiegel*, Jg. 16 (1962), Nr. 8 v. 21. 2. 1962, S. 29.

21 Vgl. z. B. ADENAUER, *Erinnerungen* (wie Anm. 10) S. 66 u. S. 84.

22 Diese Formel prägte ein knappes Jahrzehnt später die erste Erklärung des Bundeskanzlers Willy Brandt und beeinflusste überdies seit 1969 die Europapolitik der sozialliberalen Koalition.

scheidend, da im Zentrum der Bemühungen beider die engere deutsch-französische Zusammenarbeit und Abstimmung stand. Sie sollte mit der Begegnung in Baden-Baden eine neue Stufe erreichen. Die nächsten Stationen der europäischen Einigung rückten sie bewusst in ihren Blick. Entscheidend aber blieb für sie zunächst die Frage, wie sich das deutsch-französische Verhältnis im Laufe der sechziger Jahre verbessern könnte²³.

Adenauer, der die Presse immer wieder als Mitspieler seiner Außenpolitik verstand, ließ durch die FAZ erklären, die Intensivierung der politischen Zusammenarbeit mit Frankreich sei ihm sehr wichtig. Fortschritte ließen sich dabei, so berichtete die FAZ, nur auf der Grundlage *einer Föderation*, nicht aber durch intensivere *Integration* erreichen²⁴. Wollte Adenauer die Gespräche, auf die er sich kaum vorbereiten konnte, durch eine Zeitungsmeldung präformieren? Wurde die Presse, die in manchen der bilateralen Gespräche kritisiert wurde, auf diese Weise zum weiteren Mitspieler, gar zum Sprachrohr der Absichten Dritter oder zum außenpolitischen Akteur? Zugleich wurde Adenauers Wille deutlich, von sich aus zum Gelingen der wirtschaftlichen Integration beizutragen. Zugleich legte er ein Bekenntnis zur atlantischen Gemeinschaft, aber auch zur *Autorität der europäischen Institutionen* ab²⁵.

Dabei waren ebenso innen- wie außenpolitische Konflikte und Gegensätze durchaus spürbar. De Gaulle hatte sich am 5. Februar an die Öffentlichkeit gewandt und bisher entwickelten Integrationsplänen eine Absage erteilt. Für ihn bedeutete die Integration seiner französischen Nation in die europäische Gemeinschaft deren *Auslöschung*. Er propagierte stattdessen ein kooperierendes *Europa der Vaterländer* und kündigte an, aus *eigenem Willen [...] eine eigene Macht aufbauen und eine eigene Politik betreiben* zu wollen²⁶. Die deutsche Seite vertrat hingegen eher ein Konzept der Supranationalität und beschwor deshalb ein „Vaterland Europa“.

Auch die Bedeutung der wirtschaftlichen Integration wurde unterschiedlich bewertet. Sollte sie Ziel oder Mittel für die weitere politische Integration sein? Wenn die bejaht wurde: In welcher Verfassungsstruktur konnte sie gesichert werden – als Staatenbund, als europäischer Bundesstaat? Nicht zuletzt war die Position der Vereinigten Staaten unklar. Die amerikanische Regierung hatte in den späten vierziger Jahren den europäischen Integrationsprozess zwar kräftig

23 Vgl. zu dieser Unsicherheit Konrad ADENAUER, *Erinnerungen bis zur Bundespräsidentenwahl 1959*, Stuttgart 1967, S. 142 ff., vor allem S. 148: „Mir wurde mitgeteilt, dass de Gaulle auf europäischer und auf atlantischer Ebene möglicherweise eine gute Politik betreiben werde, dass es jedoch genau so möglich sei, dass er alles zerbreche und das Spiel Sowjetrusslands mitmache.“

24 R., FAZ 39 v. 15. 2. 1962, S. 1.

25 Ebd.

26 Wie Anm. 20.

angestoßen und durch den Marshall-Plan zur wirtschaftlichen Stärkung beigetragen, aber inzwischen eigene nationale Interessen entwickelt, die nicht immer auf deutsche und europäische Sicherheitsinteressen Rücksicht nahmen. Deshalb dienten die Gespräche zwischen der französischen und der deutschen Regierung auch dazu, neue Schwerpunkte ihrer transatlantischen Außenpolitik in den Blick zu nehmen.

Asien und der Mittlere Osten, so meinte de Gaulle schon damals, würden aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen wichtiger für die USA, Südamerika galt als sicherheitspolitisch riskant, die Blockfreien hatten sich seit der Entkolonialisierung vollends zu einem Faktor von neuem Gewicht entwickelt und machten die neue Bedeutung globaler „Peripherien“ schlagartig bewusst. Nach dem Suez-Krieg zeigte auch der Algerienkrieg deutlich, wie angespannt die ehemaligen europäischen Großmächte waren, wie wenig sie der stabilisierenden Rolle gerecht wurden, die die USA ihnen zugedacht hatten. Oder war Europa inzwischen zum Konkurrenten, möglicherweise gar zum Vorfeld militärischer Verteidigung des nordamerikanischen Kontinents geworden? Würden die Vereinigten Staaten einen Krieg riskieren, um Europa vor dem Einfluss der Sowjetunion zu bewahren?

Offensichtlich wollte Adenauer durch einige Formulierungen, die von Bonn durch die FAZ aus gestreut wurden, vor dem Treffen geschickt den letztmöglichen Zeitpunkt nutzen, über Presseverlautbarungen von deutscher Seite aus den Inhalt der deutsch-französischen Gespräche zu beeinflussen. Er musste das Misstrauen der amerikanischen Regierung und der „Atlantiker“ in Deutschland im Keim dämpfen, das bereits in verschiedenen diplomatischen Gesprächen spürbar geworden war²⁷. Die FAZ, offenbar von Vertretern der amerikanischen Position inspiriert, ging am Tag des Treffens davon aus, Adenauer werde seine *Bedenken* gegen neue französische Initiativen und Vorschläge zum europäischen Status *offen darlegen*, zugleich aber sei er daran interessiert, die französische Position unmittelbar erläutert zu bekommen²⁸.

Offenbar handelte es sich um eine im letzten Moment in das Blatt gehobene Meldung, denn der weitaus größte Teil des als Aufmacher präsentierten Artikels der FAZ-Ausgabe vom 15. Februar beruhte auf einem offensichtlich bereits in ganz anderem Zusammenhang formulierten Text und behandelte Reaktionen auf ein sowjetisches Memorandum, das Befürchtungen vor einer sowjetisch-amerikanischen Annäherung nährte. Die eigentliche Sensation – ein kurzfristig erbetener direkter Kontakt zwischen den beiden entscheidenden Repräsentanten Frankreichs und Deutschlands – stand so nachrichtentechnisch im Schatten anders gearteter politischer Diskussionen. Es ging, wie die Protokolle zeigen, nicht darum, dass sich die deutsch-französischen *Gesprächspartner* [...] *gegen-*

27 R.: Adenauer und de Gaulle heute in Baden-Baden, in: FAZ 39 v. 15. 2. 1962 (S-Ausgabe), S. 1.

28 Ebd.

seitig zu überzeugen versuchten. Auch stand nicht im Vordergrund der Gespräche, dass dies *weder dem einen noch dem anderen ganz gelungen* sei²⁹. Dass die Gespräche der beiden bedeutenden Europäer, die sich seit 1959 zunächst ganz vorsichtig miteinander vertraut gemacht hatten, eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen zum Ziel hatten, war der Frankfurter Allgemeinen Zeitung entgangen.

In Baden-Baden hatte sich ein neues Fenster deutsch-französischer Kooperation geöffnet, indem die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich als Kern eines neuen Europas benannt wurden, der unabhängig sein sollte von den USA, aber auch von der britischen Regierung. Grundlegend sollte in Zukunft das Einverständnis zwischen Paris und Bonn sein. Zum Zusammenschluss gehört die Exklusion. Kerneuropa – das hieß, dass sich eine Zusammenarbeit herausbildete, in der sich die beteiligten Regierungen zugleich von den anderen Gemeinschaftsstaaten absetzen wollten. Das betraf vor allem Italien. Entscheidend aber wurde die besprochene außenpolitische Stoßrichtung, die sich gegen die USA und gegen Großbritannien wandte und die im weiteren Verlauf der diplomatischen Konsultationen vor der öffentlichen Meinung nicht verborgen werden konnte. Dies vor allem war mehr als ungewöhnlich.

Die Protagonisten

Die Umstände der so überraschend geplanten Begegnung entziehen sich bis heute einer begrifflich klaren politikwissenschaftlichen Einordnung: Handelte es sich um ein bilaterales oder um ein bi-gouvernementales Treffen? Zeichnete sich hier eine persönliche Kooperation zweier Regierungsvertreter ab, die auch die institutionalisierte Zusammenarbeit beeinflussen konnte? Was bedeuteten innerhalb des europäischen Integrationsprozesses besondere Beziehungen zwischen zwei Mitgliedsstaaten? Boten der persönliche Umgangsstil von de Gaulle und Adenauer und der gemeinsame Verhandlungston die Basis für ein enges und vertrauensvolles Zusammenwirken, bedeutete er gar eine Weichenstellung in der beiderseitigen Außenpolitik?

Seit 1959 waren de Gaulle und Adenauer wiederholt als zwei Politiker aufeinander getroffen, die sehr unterschiedliche Prägungen ihres Lebens hinter sich hatten, die ihre je eigenen Politikstile verkörperten und sowohl durch nationalgeschichtliche wie – als Lothringer und Rheinländer – auch regionale Erfahrungen geprägt worden waren. Eigentlich konnten Charles de Gaulle und Konrad Adenauer gegensätzlicher nicht sein. Auf der einen Seite stand der erfolgreiche französische politische General, der alle Krisen und Tiefpunkte französischer Zeitgeschichte und der Außen- und Innenpolitik in der Kriegs- und Nachkriegszeit miterlebt, geteilt und überstanden hatte. Er hatte im Widerstand gegen die deutsche Besatzungsherrschaft und zugleich gegen die angepasste Regierung

29 *N.B.*, *Auf halbem Wege?*, in: FAZ 40 v. 16. 2. 1962, S. 1.

Pétain das wahre Frankreich und damit gegen Vichy-Frankreich die französische Staatsraison verkörpert³⁰.

De Gaulle hatte Frankreich nach dessen Kapitulation im Sommer 1940 repräsentiert und so die Chance eröffnet, die *grande nation* im Konzert der Weltmächte als Mitspieler zu erhalten. Bestimmend waren für ihn nicht allein die Erfahrungen der Niederlage Frankreichs im Jahre 1940, sondern das Exil und die Endphase des Zweiten Weltkrieges, als seine Truppen durch das befreite Frankreich nach Deutschland geführt wurden. Er hatte nach seiner Rückkehr in die Politik 1959 unter großen Risiken der Pariser Regierung im Algerienkonflikt neue Handlungsfreiheiten eröffnet und Krisen bewältigt, die die französische Gesellschaft zu zerreißen drohten. Seine Regierung gewann durch die Beendigung der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen um die Unabhängigkeit Algeriens, die im März 1962 durch einen Waffenstillstand besiegelt werden sollte, neuen Handlungsspielraum. Das Ende eines Krieges, der für die einen ein Bürger-, für die anderen ein Unabhängigkeitskrieg war, eröffnete so europäische Gestaltungsmöglichkeiten, die de Gaulle Anfang 1962 entschlossen nutzen wollte.

Auf der anderen Seite befand sich mit Konrad Adenauer ein fast fünfzehn Jahre älterer Politiker, der geprägt worden war durch kommunalpolitische Erfahrungen und durch den politischen Katholizismus³¹. Er hatte das Scheitern der ersten deutschen Demokratie 1933 erlebt und Erfahrungen mit einer totalitären Diktatur gemacht, die die Verfassungs- und Grundrechtsordnung außer Kraft gesetzt und Europa mit Krieg überzogen hatte. Niederlage und Neubeginn, die deutsche Teilung und die Abhängigkeit von den westlichen Siegermächten bestimmten sein Denken, der Versuch, außenpolitische Belastungen als Hypothek deutscher Geschichte abzutragen, sein Handeln. Die Voraussetzung für die Rückkehr in den Kreis der zivilisierten Nationen war der Gewinn internationaler Anerkennung als Konsequenz politisch-moralische Rehabilitierung und die Entschärfung des deutsch-französischen Gegensatzes, den er für eine wichtige Ursache europäischer und nationaler Katastrophen hielt.

Mit der Adenauer überraschenden Bitte de Gaulles um eine baldige persönliche Kontaktaufnahme zeichnete sich ein neuer Umgangsstil ab, der die deutsch-französische Politik entscheidend verändern sollte. Bis dahin waren alle deutsch-französischen Begegnungen langfristig abgesprochen und durch die diplomatischen Apparate beider Staaten sorgfältig vorbereitet worden. Dies

30 Vgl. Wilfried LOTH: De Gaulle. In: Robert PICTH u. a. (Hg.): Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert, München 2002 S. 56–62; Peter SCHUNK: Charles de Gaulle – Ein Leben für Frankreichs Größe, Berlin 1998, vor allem aber Jean LACOUTURE: De Gaulle. (3 volumes): 1 – Le Rebelle (1890–1944), 2 – Le Politique (1944–1959), 3 – Le Souverain (1959–1970), Paris 1984, 1985 et 1986, 1990.

31 Hans-Peter SCHWARZ: Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986; DERS.: Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991.

erklärt sich auch daraus, dass bis zum Jahreswechsel 1961/62 die deutsche Regierung jeweils ihre außenpolitisch prekäre Situation in der Berlin-Krise durch geradezu erbetene Zugeständnisse, die die französische Seite formulierte und garantierte, hatte verbessern müssen³². Dies war der Regierung nach der Zuspitzung der Berlin-Krise und dem Mauerbau vom 13. August 1961 überdeutlich geworden³³.

Wenn nun Charles de Gaulle von sich aus um ein Treffen bat, schien sich das Blatt endgültig und verlässlich gewendet zu haben. Wie aber verlief das Gespräch, welche Entwicklungen aus den vorangegangenen wurden aufgenommen, welche Entwicklungen verwiesen in die Zukunft und würden die Begegnung zum Ausdruck eines grundlegenden Wandels und somit zu einer Zäsur im Umgang der beiden Staaten werden lassen, die nach verbreiteter Ansicht bis dahin durch eine Art „Erbfeindschaft“ ebenso belastet wie geprägt waren? Welche politischen Kommunikationsformen im Verhältnis der beiden deutschen Staaten bildeten sich heraus? Und welche Motive erklären die Annäherung?

In der politischen Publizistik, die die deutsch-französische Freundschaft beschwört, wird vor allem die Bemühung hervorgehoben, aktiv die *Erbfeindschaft*³⁴ zu überwinden. Die Annäherung zwischen Adenauer und de Gaulle wird so als Ausdruck eines historischen und politischen Lernprozesses gedeutet, geradezu als Ausdruck einer Bemühung, zukünftiges Blutvergießen zu verhindern. Es wurde aus zeitgeschichtlicher Perspektive ein Spannungsbogen vom Dreißigjährigen Krieg über die Kriege Ludwigs XIV. und die napoleonischen Kriege bis zu den nationalistisch aufgeladenen Waffengängen des 19. Jahrhunderts und des 1. Weltkriegs geschlagen.

Die Erinnerungen Adenauers zeigen jedoch, dass historische Erfahrungen weder ihre persönliche noch die deutsch-französische Annäherung allein zu erklären vermögen. Vielmehr ist der Schlüssel in der brisanten außenpolitischen und sicherheitspolitischen Konstellation der späten fünfziger Jahre zu suchen. Hinzu kommt allerdings eine wichtige politisch-kommunikative Komponente gegenseitiger Annäherung, denn die Akteure der Aussöhnung und Verständigung mussten in ihren Begegnungen und Gesprächen eine gemeinsame Basis neuen Vertrauens finden. Berlin-Krise, Reformzwänge innerhalb der NATO und Interessengegensätze zwischen den USA und Frankreich angesichts der Auseinandersetzungen um die Atombewaffnung, aber auch Unsicherheit auf deutscher

32 Vgl. allgemein Ulrich LAPPENKÜPER, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963: Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“*, München 2001; Hélène MIAR-DELACROIX u. Rainer HUDEMANN (Hg.), *Wandel und Integration: Deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre*, München 2005.

33 Hope M. HARRISON, *Ulbrichts Mauer: Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach*, Berlin 2011, S. 196.

34 Exemplarisch ist der Abdruck zweier *dokumentarischer Beiträge* unter dem Titel *Feindschaft ohne Mythos* in: FAZ 158 v. 11. 7. 1962, S. 9.

Seite im Hinblick auf die Verlässlichkeit der USA standen am Anfang und führten nach den Annäherungen zwischen Deutschland und Frankreich in den fünfziger Jahren zu einem grundlegend neuen Ansatz politischer Kooperation, der nur auf der Basis neuen gegenseitigen Vertrauens möglich war. Innenpolitisch betrachtet, hatten es beide Staatsmänner keineswegs so leicht, wie es im Rückblick dargestellt wurde.

Seit 1958 stand Charles de Gaulle als Staatspräsident an der Spitze der République Française. In Lille geboren, seit Juni 1937 Regimentskommandeur in Metz und am 2. September als *Commandant par intérim des chars* eingesetzt, war er, der immer für eine Modernisierung der französischen Abwehrkräfte geworben und keine Resonanz gefunden hatte, Ende Mai unmittelbar an Kämpfen gegen die deutsche Wehrmacht beteiligt. Anfang Juni 1940 zum *Sous-secrétaire d'État* im Verteidigungsministerium ernannt, akzeptierte er – damals gerade in London – den Waffenstillstand seiner Regierung nicht und wurde von der britischen Regierung am 28. Juni 1940 als *chef des Français libres* anerkannt.

De Gaulle beteiligte sich mit französischen Verbänden auf verschiedenen Kriegsschauplätzen am Krieg gegen Deutschland. Das von ihm geleitete *Comité français de la Libération nationale* verkörperte die unversehrte Staatlichkeit Frankreichs und wurde drei Tage vor dem Beginn der Invasion in der Normandie in eine provisorische französische Regierung nicht nur umbenannt, sondern umgewandelt. De Gaulle kehrte am 20. August 1944 nach Frankreich zurück. Seiner mutigen Entscheidung im Sommer 1940, den Krieg gegen Deutschland an der Seite der Alliierten fortzusetzen, war es im wesentlichen zu verdanken, dass Frankreich als eine der vier Siegermächte anerkannt wurde und insofern „Verantwortung für Deutschland als Ganzes“ wahrnehmen konnte. Sein Einzug in Paris war mehr als ein Triumphzug. Weil noch vereinzelt Kämpfe mit versprengten deutschen Einheiten stattfanden, galt diese Demonstration als Ausdruck von Kühnheit und Entschlusskraft.

Im Januar 1946 zog sich de Gaulle weitgehend aus der Politik zurück, weil er die ausgreifenden Befugnisse des Parlaments, die in der neuen französischen Verfassung der IV. Republik zugrunde gelegt worden waren, strikt ablehnte. Seit 1953 lebte er in Colombey-les-deux-Églises und verfasste seine Kriegserinnerungen. Zwar hatte er die politische Öffentlichkeit seither gemieden, dennoch blieb er präsent. Mit dem Indochina- und dem Algerienkrieg verschärfte sich die Krise der IV. Republik. 1958 ließ sich de Gaulle zum Ministerpräsidenten nominieren, erhielt vom Parlament außergewöhnliche Vollmachten und konnte so eine grundlegende Reform des politischen Systems in die Wege leiten. Den Weg zur Verfassungsreform bereitete de Gaulle umsichtig vor. Ihm schwebte eine Präsidialverfassung vor, der zufolge der französische Staatspräsident zur führenden Persönlichkeit wird, von dessen Vertrauen neben der parlamentarischen Unterstützung das Kabinett abhängig ist.

Die Verfassung wurde in einem Referendum mit überwältigender Mehrheit bestätigt. Im November folgten Parlamentswahlen. Die Gaullisten errangen fast 80 Prozent. Am 21. 12. 1958 wurde de Gaulle schließlich in das Amt des Staatspräsidenten gewählt. Zwei Wochen später, am 8. Januar 1959, ernannte er Michel Debré zum französischen Ministerpräsidenten. Beide hatten die wohl größte Herausforderung der V. Republik zu bewältigen: die Nachwirkungen des Befreiungskrieg in Indochina von Ho Chi Min und den Kampf gegen die Unabhängigkeit Algeriens durch die dort lebenden Franzosen. De Gaulle hatte sich zunächst gegen die Unabhängigkeit Algeriens ausgesprochen. Wichtig erschien ihm die Sicherung des französischen politischen und militärischen Einflusses in den franco-afrikanischen Kolonien nach deren Unabhängigkeit.

Mit dem Vertrag von Evian vom 18. 3. 1962 wurden entscheidende Voraussetzungen für die Unabhängigkeit Algeriens geschaffen. Diese wurden im April 1962 durch ein Referendum bestätigt. De Gaulle bereitete eine Verfassungsreform vor, die ihn vom Parlament unabhängig machte. Ein Referendum stimmte seinem Vorschlag zu, den Staatspräsidenten in Zukunft direkt vom Volk wählen zu lassen. Damit hatte der neue Staatspräsident bewiesen, dass grundlegende politische Veränderungen möglich waren. De Gaulle war es gelungen, konsequent nicht nur über Jahrzehnte hinweg lähmende und belastende Konflikte weitgehend zu beenden, die die IV. Republik und die Nation bürgerkriegsähnlich zerrissen hatten, sondern er hatte neue politisch-präsidiale Entscheidungsstrukturen schaffen können, die ihm bereits Ende der vierziger Jahre vorschwebt hatten. Mit der Anerkennung der Unabhängigkeit Algeriens hatte er nicht nur den entscheidenden innenpolitischen Befreiungsschlag geführt. Er hatte damit zugleich den Grundstein für eine neue Außenpolitik gelegt, die Frankreich in der Verteidigungspolitik neue Handlungsspielräume gegenüber den USA eröffnen sollte. Dies musste sehr bald entscheidende Auswirkungen auf die französische Europa-Politik haben.

De Gaulle lotete deshalb früh neue Konturen einer gemeinsam mit Deutschland verantworteten und gestalteten Europa-Politik aus. Obwohl soldatisch sozialisiert, dachte er politisch. Aus Konzeptionen Konsequenzen zu ziehen, entsprach seinem Denk- und Argumentationsstil. Er beeindruckte und überzeugte Adenauer in mehreren Begegnungen. De Gaulle hatte früh den Wert neuer Waffen erkannt und über den Einsatz von Panzerwaffen im Krieg bereits in den dreißiger Jahren nachgedacht, ohne aber beachtet worden zu sein. Verteidigungskonzeptionen der fünfziger Jahre setzten nicht mehr auf konventionelle Territorialverteidigung, sondern auf Abschreckung durch Nuklearwaffen.

Adenauer akzeptierte, dass Deutschland keinen Zugriff auf strategische Waffen bekommen sollte. Ihm ging es nicht nur um Verteidigungspolitik, sondern um außenpolitisch umfassend abgesicherte deutsche Interessen. Deshalb setzte er vor allem auf den Beharrungswillen Frankreichs bei der Sicherung des Status quo in Deutschland. Wenn im Potsdamer Abkommen die Verantwortung der

vier Siegermächte für Deutschland als Ganzes bekräftigt worden war, bedeutete dies, dass bereits ein einziger Vertragspartner Veränderungen in der fundamentalen politischen Architektur alliierter Deutschlandpolitik verhindern konnte. Das war in Adenauers Wahrnehmung seit der Berlin-Krise von 1958 vor allem Frankreich, das er im Unterschied zur amerikanischen und britischen Regierung für sehr verlässlich hielt. Denn die französischen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Interessen kollidierten mit denen Großbritanniens und der USA. Das sollte deutscher Außenpolitik neue Chancen eröffnen. Weitere Überlegungen bestimmten de Gaulles Denken und speisten sein Selbstverständnis als Franzose. In Abhängigkeit von anderen Mächten wollte er sein Land niemals mehr sehen. Er wollte die französische Sicherheitspolitik auf eine völlig neue Grundlage stellen, indem Frankreich Atommacht wurde. Dies bedeutete, sich von der Überzeugung zu verabschieden, die Vereinigten Staaten seien für die Verteidigung Europas unverzichtbar oder gar als Hauptmacht der NATO allein verantwortlich.

Konrad Adenauers politisches Selbstverständnis hingegen war auf eine ganz andere Weise mit der europäischen Geschichte verwoben. 1876 geboren, war er knapp fünfzehn Jahre älter als Charles de Gaulle. Aber dies war nicht der entscheidende Unterschied. Adenauer war durch und durch Zivilist. Er hatte niemals Soldat sein müssen, sondern sich früh der Politik verschrieben. Seine Erfahrungen sammelte er als Kommunalpolitiker, später dann als Mitglied des Reichsrates in der Weimarer Republik. Nach der nationalsozialistischen Macht ergreifung zog er sich zurück, blieb den Nationalsozialisten aber als ehemals führender Zentrumspolitiker stets verdächtig und sollte nach dem Anschlag Stauffenbergs vom 20. Juli 1944 im Zuge der Massenverhaftungen der „Aktion Gewitter“ verhaftet werden. So galt er als Gegner des NS-Staates und begründete auf diese Weise seine Unabhängigkeit gegenüber den Siegermächten, denen gegenüber er selbstbewusst agierte. Mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht begann eine neue Phase seines Lebens. So konnte er später einem frühen Biographen sagen: *Eigentlich habe ich drei Leben gelebt. Das erste reicht bis 1917, das zweite umfasst die Zeit als Oberbürgermeister in Köln und das dritte nun, das begann nach dem Zusammenbruch*³⁵.

Adenauer rückte nach 1945 für fast zwanzig Jahre in eine Schlüsselposition deutscher Politik. Seine Erfahrungen waren geprägt durch die Auseinandersetzungen mit den Alliierten, durch die Gründung der CDU und ihre ständige Integration zu einer bürgerlichen, überkonfessionellen Volkspartei, durch die Neugründung der Länder und die Beratungen des Parlamentarischen Rates über das Grundgesetz. Er wurde 1949 mit denkbar knapper Mehrheit zum ersten deutschen Bundeskanzler gewählt und musste zum einen parlamentarische Mehrheiten sichern, zum anderen aber außenpolitische Weichen stellen. Er musste die Folgen des Weltkrieges innen-, sozial- und außenpolitisch bewältigen,

35 Paul WEYMAR, Konrad Adenauer, Die autorisierte Biographie, München 1955. S. 11 f.

schrittweise politische Souveränitätsrechte ausweiten und zugleich die Spaltung Deutschlands und die weltpolitische Blockbildung in seine politischen Überlegungen einbeziehen.

Innen-, deutschland- und außenpolitische Krisen bestimmten seine Erfahrungen und sein Handeln. Die Bundesrepublik war abhängig vom Willen und vom Wohlwollen der Siegermächte, aber auch der europäischen Staaten, die unter der deutschen Besatzungsherrschaft gelitten hatten. Diese vielschichtigen Erfahrungen bestimmten Adenauers Weltsicht und Weltverständnis ebenso wie die Einsicht in die Abhängigkeit deutscher Politik von den beiden Weltmächten.

Bestimmend für Adenauers Perspektive wurde die europäische Integration. Sie war in den fünfziger Jahren aus deutschlandpolitischen Gründen durchaus umstritten. Kritiker der Westorientierung befürchteten die Zementierung der deutschen Teilung und unterstellten Adenauer sogar, der Verlust protestantischer Ostgebiete käme ihm gelegen. Hinzu kam, dass sich die Politik praktischer Integration kaum für eine programmatische Vision eignete, sah man von der Euphorie ab, mit der die Überwindung der Grenzkontrollen und die Zerstörung von Schlagbäumen vor allem von jüngeren Deutschen begleitet wurde. Publizisten erklärten später, die Begeisterung für Europa in Deutschland hätte das weitgehend geschwächte Nationalbewusstsein ersetzt und die Bereitschaft gestärkt, supranationale Strukturen zu schaffen. So weit gingen Adenauers Überlegungen nicht. Pragmatisch kam es ihm auf die Bewältigung offener Fragen an, die angesichts der sowjetischen politischen Offensiven als Gefahr empfunden wurden. Dass eine Einigung mit Frankreich möglich war, sofern französische Sicherheitsinteressen berücksichtigt wurden, hatte die Regelung der Saarfrage 1956 und die Eingliederung des Saarlandes in den späten fünfziger Jahren gezeigt.

Die konkreten Schritte europäischer Integration konnten nur das Ergebnis von Verhandlungen sein, die die Interessen der Beteiligten berührten, Kompromisse verlangten, die Rücksicht auf innenpolitische Stimmungen und Strömungen zu nehmen und nicht zuletzt gewachsene Vorurteile zu korrigieren hatten. Adenauer musste deshalb vielschichtige Rücksichten auf die Interessen der Verbündeten nehmen und sah die deutsche Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik in einem Kräftefeld, das durch britische, französische und amerikanische Interessen, durch deutschlandpolitische Restriktionen, europäische Unsicherheiten und Wiedergutmachungsforderungen bestimmt wurde.

Zur Vorgeschichte des Treffens in Baden-Baden

Anfang 1962 lag das Ende des 2. Weltkrieges keine zwei Jahrzehnte zurück. Formal bestand in der Mitte Europas ein Waffenstillstand, der in unbestimmter Zukunft durch einen Friedensvertrag abgesichert werden sollte. Im Potsdamer Abkommen hatten die Siegermächte noch einmal bekräftigt, dass sie sich zu-

künftig für Deutschland als Ganzes verantwortlich fühlen wollten. Mit dem Ende des 2. Weltkriegs im Fernen Osten war deutlich geworden, dass außenpolitisch ein neues Zeitalter begonnen hatte. Aus der Weltmacht USA war eine Supermacht geworden, der wenige Jahre später mit der Sowjetunion eine weitere Atommacht zur Seite trat. Ein Wettrüsten begann, das jeden militärischen Konflikt zum globalen Risiko machte. Der Korea-Krieg konfrontierte nicht nur die Welt, sondern vor allem Europa mit den Möglichkeiten eines Atomkrieges. Der Einsatz von Atombomben, den der amerikanische General Douglas MacArthur in kritischer Lage empfohlen hatte, hätte Europa zum Ziel eines Gegenschlags gemacht und den Kontinent mehr als bedroht. Mit dem Indochina-Krieg war davor Frankreich mit einer militärischen Befreiungsbewegung konfrontiert worden. Nicht nur Frankreich, sondern auch Großbritannien, die Weltmächte des 19. Jahrhunderts, sahen sich seitdem dem Prozess einer zunehmenden Dekolonialisierung ausgesetzt, der schließlich mit der Selbständigkeit der meisten Kolonien endete.

Die sowjetischen Interventionen hatten sich nicht nur gegen die Bevölkerung in Polen, der DDR und schließlich Ungarns gerichtet, sondern zugleich deutlich gemacht, dass die Blockbildung Europa nicht nur gespalten, sondern von der amerikanischen Verteidigungsbereitschaft abhängig gemacht hatte. Mit China entstand im Fernen Osten eine neue Vormacht, die derart bedrohlich schien, dass Adenauer sogar der Überzeugung war, irgendwann werde die Sowjetunion das *weiße Europa* gegenüber „Rotchina“ abschirmen. De Gaulle war sich sicher, dass die USA weltpolitisch neben Europa wichtige neue Schwerpunkte ihrer außenpolitischen Interessenvertretung werde beachten müssen und dass deshalb Europa als Vorfeld der amerikanischen Verteidigungsbereitschaft von nachgeordnetem Interesse sei. De Gaulle folgerte daraus, dass in Europa eigenständige Anstrengungen zur Selbstverteidigung unternommen werden müssten und entwickelte Adenauer in den gemeinsamen Gesprächen beharrlich sein klares Programm. Kern sollte die enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich sein.

Zweifel an der Verlässlichkeit der USA spiegelten auch das Befremden über die außen- und verteidigungspolitischen Konsequenzen jedes Wechsels im Präsidentenamt. Die deutsche Seite empfand die zuweilen schwankende, also keineswegs felsenfeste Bereitschaft der amerikanischen Regierung, Berlin zu verteidigen und sich nicht auf die Initiativen der sowjetischen Seite einzulassen, als einen Seismographen im politischen Klimawandel, um so mehr, als die für die westlichen Industriestaaten unverzichtbaren Ölförderstaaten im Nahen und im Mittleren Osten unter den Einfluss der Sowjetunion zu geraten drohten.

Der Sputnik-Schock vom Oktober 1957 erschütterte das westliche Überlegenheitsgefühl vollends und verstärkte zugleich die Unsicherheit, denn die „Eroberung“ des Weltraums war nur möglich, weil weitreichende Raketen entwickelt worden waren, die als Interkontinentalraketen ebenso wie die neuen

Atom-U-Boote die Vernichtung der gesamten Menschheit ermöglichten. Zwar galt die Doktrin der atomaren Abschreckung, die Schutz versprach durch extremes Risiko für den Angreifer, der sicher war, dass derjenige, der als erster angriff, anschließend als zweiter sterben musste. Europa war dabei abhängig von der unbedingten Verteidigungsbereitschaft der USA, die unter den Präsidenten Truman und Eisenhower nicht fraglich war. Aber seit 1961 hatte sich Unsicherheit breitgemacht, denn mit John F. Kennedy war an die Stelle der traditionell antisowjetischen Republikaner ein demokratischer Präsident getreten, der nicht recht einzuschätzen war, weil innenpolitische Herausforderungen wie die Bürgerrechtsbewegung die amerikanische Regierung belasteten.

In den fünfziger Jahren aber hatte sich West-Europa neu formiert. Der Marshall-Plan machte das Interesse der USA an der europäischen Integration deutlich. Mit der NATO waren die Vereinigten Staaten sogar zu einer Art europäischer Macht geworden. Ein Angriff auf Westeuropa sollte als Verletzung amerikanischer Grenzen empfunden und geahndet werden. Zugleich waren Zweifel entstanden: War Europa so nicht auf Gedeih und Verderb von der amerikanischen Verteidigungsbereitschaft abhängig, insbesondere von der Entschlossenheit, Europa durch amerikanische Interkontinentalraketen zu verteidigen, die Atomsprengköpfe mit sich führten und die uneingeschränkte Abwehrbereitschaft der USA symbolisierten?

Bündnisse wie die NATO, der Vertrag von Paris zur Montan-Union³⁶ (18. 4. 1951), der mit den Namen von Robert Schuman und Jean Monnet verbunden ist, der EURATOM-Vertrag und nicht zuletzt die Römischen Verträge von 1957 hatten wichtige Grundlagen weiterer Zusammenarbeit geschaffen. Sie bezeichneten auf lange Sicht aber nur einen Ausgangspunkt weiterer Veränderungen. Der Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), der Pleven-Plan, vom 27. 5. 1952, scheiterte zwar. Die Bemühungen um die Bildung einer europäischen politischen Gemeinschaft erlahmten nicht. Ihre Hauptaufgabe sollte die Koordinierung der Außenpolitik der beteiligten Staaten sein. Dies bedeutete unübersehbar einen Verzicht auf Souveränitätsrechte, was die französische Regierung nicht akzeptieren konnte. Deshalb scheiterte der Pleven-Plan 1954 an der französischen Nationalversammlung, die anscheinend über die weitere Zukunft der politischen Gemeinschaft entschieden hatte. Die wirtschaftliche Integration durch einen gemeinsamen Markt rückte in den Vordergrund, politische Ziele traten dagegen weitgehend zurück.

36 Der Vertrag ging auf den Schuman-Plan vom 9. Mai 1950 zurück und wurde am 18. 4. 1951 als Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl EGKS unterzeichnet. Er trat zum 23. 7. 1952 in Kraft und ging von der Idee aus, über einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl die gemeinsame Kontrolle und Verwertung eines für kriegswichtig gehaltenen Industriezweiges zu sichern und somit auch die Planung der Produktion, die in der Vergangenheit oftmals der Kriegsvorbereitung und Kriegsbewirtschaftung gedient hatte, in den Griff zu bekommen.

Adenauer und de Gaulle verfolgten hingegen weit über die wirtschaftliche Integration hinausgehende politische Pläne. Sie verstanden sich vor allem als Außenpolitiker und beanspruchten in großer Entschiedenheit, die Lebensverhältnisse und die staatlichen Strukturen Westeuropas auch durch politischen Willen gestalten zu können. Wenn viel später gesagt wurde, die europäische Union sei *seit Gründung ein Bündnis nationaler Egoisten* gewesen, *allein verbunden durch gemeinsame Interessen wie den Binnenmarkt*, so war dies eine Verkürzung³⁷. Denn im Zentrum der Veränderungen, die Ende der fünfziger und am Beginn der sechziger Jahre der europäischen Integration kräftigste Impulse vermittelten, stand die politische deutsch-französische Kooperation.

Außenpolitisch schien de Gaulle zunächst auf die Festigung des atlantischen Bündnisses durch Einbindung Frankreichs in ein „Dreier-Direktorium“ zu setzen. Umstritten war für ihn die Bedeutung Großbritanniens. Mitte September 1959 hatte sich de Gaulle in diesem Sinne an den amerikanischen Präsidenten Eisenhower und den britischen Premierminister Harold Macmillan gewandt, aber keine Antwort erhalten. Ein halbes Jahr später konkretisierten sich seine Pläne, eine französische Atomstreitmacht aufzubauen. Im Frühjahr löste er deshalb die französische Mittelmeerflotte aus den Kommandostrukturen der NATO. Mitte Februar 1960 detonierte die erste französische Atombombe, die von Kritikern „Bombine“ (kleine Bombe) genannt wurde. Frankreich war aus eigener Kraft Atommacht und unterschied sich von Großbritannien, dass nur durch das Entgegenkommen der USA diesen Status erlangt hatte.

Abgesehen von de Gaulles Überzeugung, dass eine starke Armee staatliche Souveränität verkörpert, ging es ihm zunehmend um Unabhängigkeit von amerikanischem Einfluss auf die Verteidigung Frankreichs. Begleitet wurde diese Neuorientierung von dem Versuch, geopolitische Interessen zu definieren und in diesem Zuge auch das Verhältnis zur Sowjetunion neu zu gestalten. Adenauer empfand den Wandel als einen *Klimasturz zwischen Ost und West*³⁸, ohne angemessen regieren zu können. Seine Unsicherheit wuchs, weil der Klimawandel zeitlich mit *Vorgängen in Frankreich* zusammenfiel, die eine neue Verfassungsstruktur evozierten. Misstrauisch hatte ihn die Haltung der französischen Kommunisten bei der *Beauftragung de Gaulles mit dem Amt des Ministerpräsidenten* gemacht. Er vermutete, die Kommunisten hegten die Hoffnung, die *Politik des französisch-russischen Bündnisses* der letzten Kriegsjahre fortsetzen zu können, das auf die *Spaltung Deutschlands in mehrere Teile und auf das Zusammengehen mit Sowjetrußland* gerichtet gewesen sei³⁹.

Demonstrieren wollte er diese Einsicht am Beispiel des zweiwöchigen Staatsbesuchs Chruschtschows in Frankreich im März 1960. Auf der sich

37 Cerstin GAMMELIN, 27 Chefs, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 279 v. 3. 12. 2012, S. 4.

38 ADENAUER, Erinnerungen (wie Anm. 10) S. 171.

39 Ebd., S. 171.

wenige Monate später anschließenden Pariser Gipfelkonferenz hätte de Gaulle die Funktion eines Mittlers ausüben können, wenn diese nicht geradezu *geplatzt* wäre durch den Abschuss eines amerikanischen Aufklärungsflugzeugs über dem Ural.

Die europäischen Pläne de Gaulles gaben ebenso Rätsel auf. Ostentativ empfand er sich als Vertreter des französischen Selbstbewusstseins, das als Ausdruck des französischen Nationalismus galt. Dies bedeutete zugleich, dass de Gaulle den entstehenden supranationalen Strukturen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sehr skeptisch gegenüberstand. Er wollte zugleich durch Verhandlungen über die europäische Agrarpolitik den Interessen seiner Bauern nutzen und kombinierte europapolitische Positionen. Der Kern seiner Überlegungen bezog sich auf die brückenbildende Funktion Europas, das er zwischen den weltpolitischen Blöcken verortete – diese Konzeption hing von der Anerkennung dieser Rolle Europas durch die USA ab, die auch die sicherheitspolitischen Verdienste der europäischen Union und insbesondere die Bedeutung Frankreichs anerkennen sollten. Vielleicht lag es an der Erkenntnis, dass diese Prämisse nicht von amerikanischer Seite akzeptiert wurde, dass de Gaulle eine alternative europäische Strategie erprobte. Sie hatte die Festigung der deutsch-französischen Beziehungen innerhalb des europäischen Rahmens zur Voraussetzung.

Die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich war 1956 nach der Lösung der Saar-Frage, die mit der Einführung der Deutschen Mark 1959 endgültig ad acta gelegt werden konnte, und nach einer ersten Phase anfänglicher deutscher Unsicherheit angesichts der Persönlichkeit und der neuen Machtstellung de Gaulles prinzipiell nicht umstritten. Die ersten Gespräche, die de Gaulle seit 1959 mit Adenauer geführt hatte, zeigten dies. Beide hatten sich wiederholt gegenseitig beeindruckt und bauten von Konsultation zu Konsultation zunehmend gegenseitiges Vertrauen auf.

Einen entscheidenden Durchbruch brachte bereits am 14. 9. 1958 die erste politische Begegnung von de Gaulle und Adenauer in privatem Rahmen in Colombey-les-deux-Églises/Dep. H^{te} Marne. Adenauer hatte seinen Urlaub, den er in Cadenabbia verbracht hatte, auf seiner Rückfahrt in Baden-Baden unterbrochen. Er übernachtete hier, um am folgenden Morgen in Begleitung von Außenminister von Brentano und Ministerialdirektor Carstens mit dem Auto über Straßburg zum *ersten Zusammentreffen eines deutschen Regierungschefs mit de Gaulle nach dem Kriege* an dessen privatem Wohnsitz zu fahren⁴⁰. Später schrieb er dieser Begegnung *eine ganz besondere Bedeutung* zu, so *unzeremoniell und einfach* sie auch verlief. De Gaulle lud Adenauer ein, in seinem Haus zu übernachten.

40 Ebd., S. 158 ff.

Die Gespräche zwischen beiden wurden seitdem in Phasen durchgeführt. Neben dem ersten Vier-Augen-Gespräch, das in Colombey vier Stunden dauerte, bei den nachfolgenden Begegnungen aber kürzer sein konnte, kam es anschließend zu einer Besprechung unter Beteiligung der begleitenden Ministerialbeamten. Dieses Muster wurde bei allen folgenden Gesprächen beibehalten und erklärt die Offenheit des Gedankenaustausches zwischen de Gaulle, der alle Treffen prägte. Die Verhandlungen im Kreis der Begleitung fanden in einem spürbar anderen Gesprächsklima statt.

Adenauer war von de Gaulle bei der ersten persönlichen Begegnung ebenso beeindruckt wie überrascht. Rückblickend schrieb er, *de Gaulle entsprach in keiner Weise den Auffassungen, die man in den vergangenen Monaten aus der Lektüre der Presse erhalten haben musste. Er war ein völlig anderer Mann, als ihn unsere Presse, aber nicht nur unsere Presse, dargestellt hatte. Persönlich wirkte er sehr frisch. Als Politiker gewann ich aus den Unterredungen nicht den Eindruck eines Nationalisten, als der er stets abgestempelt wurde. De Gaulle wollte offensichtlich mit Adenauer von Mensch zu Mensch über die Verpflichtungen sprechen [...], die uns im Hinblick auf unsere Länder und im Hinblick auf die Welt oblägen und fragte, wie wir uns helfen könnten*⁴¹.

Dabei wurde deutlich, dass die jüngste Vergangenheit die Gespräche nicht belasten sollte. *Das deutsche Volk*, machte Adenauer deutlich, hätte *klar die Gefahren und die Folgen des Nationalsozialismus erkannt*, der Nationalsozialismus sei *beseitigt: Das deutsche Volk verstehe heute selbst nicht mehr, wie es sich in das Abenteuer und den Größenwahn, in die Grausamkeiten des Nationalsozialismus habe hineinführen lassen*. De Gaulle folgte dieser Sicht und sprach nicht nur von einem *neuen Deutschland*, sondern bekräftigte – und diesen Satz überliefert Adenauer wörtlich: *Ich merke es mir für die Zukunft*⁴².

Beide Staatsmänner machten so am Beginn ihres von Anbeginn intensiven und zunehmend freundschaftlicher werdenden Zusammenwirkens deutlich, dass alle kriegerischen Konflikte, die Europa im 19. und 20. Jahrhundert belastet hatten, ihnen als den Repräsentanten ihrer aneinander geketteten Nationen bewusst waren. Kriege und nationale Gegensätze hatten ihre Lebensgeschichten tief geprägt und ihre Wahrnehmung beeinflusst. De Gaulle hatte die Materialschlachten des „Großen Krieges“, Adenauer die Rheinlandbesetzung erlebt. Ansätze deutsch-französischer Gemeinsamkeiten wie sie mit dem Vertrag von Locarno und den Namen Aristide Briand und Gustav Stresemann verbunden waren, hatten sie allerdings weniger beeinflusst als die als nationale Katastrophen empfundenen Niederlagen von 1940 und 1945.

Prägend aber waren für beide die Jahrzehnte nationalsozialistischer Herrschaft und die Kriegsjahre. Adenauer zog aus der Ausgangskonstellation des

41 Ebd., S. 159.

42 Ebd., S. 162.

Jahres 1945 eine programmatische Konsequenz, die für das deutsch-französische Verhältnis grundlegend werden sollte: *Die Bildung eines vereinten Europa sei eine unbedingte Notwendigkeit*, erklärte er bei der ersten Begegnung mit de Gaulle. Deshalb hätte *die europäische Idee in Deutschland so schnell an Boden gewonnen*⁴³. De Gaulle verbarg nicht, dass *Frankreich bis vor wenigen Jahren immer in der Furcht gelebt habe, eines Tages von Deutschland angegriffen zu werden*⁴⁴. Es gäbe *neue Perspektiven*, denn Frankreich sei *nicht mehr bedroht bis auf die Gefahr aus dem Osten*.

Damit wurde deutlich, dass beide Staatsmänner die Sowjetunion in nahezu gleicher Weise sehr kritisch sahen. Bestimmend wurde für de Gaulle die aus dem Osten drohende Gefahr, nicht mehr die Erfahrungen der Niederlage von 1940 und sein Exil. Adenauer hingegen bekannte sich zur Einbindung der Bundesrepublik in den Westen und hatte jegliche Sympathie für den linksrheinischen Separatismus abgelegt, den ihm Publizisten wie Josef Augstein unverdrossen unterstellten. Ihre Isolierung von Westeuropa machte die Bundesrepublik kaum zukunftsfähig und bedeutete für Adenauer, den entschlossenen und entschiedenen Vertreter einer Westbindung, ebenso eine außenpolitische Schwächung wie die Belastung der von ihm durchaus gewünschten deutschen Wiedervereinigung. Vergangenheitsbeschwörungen halfen nicht, denn durch die Nachkriegsentwicklung waren die politischen Karten neu gemischt worden. Wenn von der Geschichte gesprochen wurde, dann in der Art eines *historischen Wunders: Es gibt in Europa für Frankreich nur einen möglichen Partner, ja sogar wünschenswerten Partner, und das ist Deutschland, das Deutschland von heute*⁴⁵.

Dies war ein deutliches Bekenntnis zur Bonner Politik und damit gegen die der Sowjetunion unterstellten Versuche, mit Frankreich eine gemeinsame Position zu begründen, um die Bundesrepublik zu schwächen. Adenauer war sich deshalb nach seinem ersten privaten Gespräch mit de Gaulle sicher, dieser würde zu keiner Zeit beabsichtigen, gemeinsam mit der Sowjetunion Deutschland *in die Zange* zu nehmen.

Chruschtschow war wenig später von der nun offensichtlichen französischen Haltung mehr als enttäuscht und verhehlte dies nicht. Die Reaktionen Adenauers auf die russische Haltung hingegen machten deutlich, in welchem Maße seine politische Weltsicht durch historische Erinnerungen geprägt blieb. Er kommentierte den angeblichen Wutausbruch Chruschtschows mit der Ermahnung, *man soll(e) seine Enttäuschungen niemals zeigen*⁴⁶. Ein derart undurchsichtige Haltung musste Adenauer in den folgenden Monaten mehrfach an den

43 Ebd.

44 Ebd., S. 163.

45 Ebd.

46 Ebd., S. 172.

Tag legen, denn er hatte auf die sowjetische Politik zu reagieren, die immer offensichtlicher eine Zuspitzung der europäischen Krise anstrebte, dabei Berlin in das Zentrum der Auseinandersetzungen rückte und eine Zweistaatendoktrin propagierte, deren Opfer der Status von West-Berlin sein sollte.

Bei allen Gesprächen, die Adenauer und de Gaulle seitdem führten, klammerten sie ebenso konsequent wie weitgehend ihre Erinnerungen an die durch Kriege und die Nachkriegszeit belastete Vergangenheit aus, die in der ersten Begegnung noch spürbar gewesen war⁴⁷. Nicht die Vergangenheit, sondern die Bewältigung der Gegenwart barg in ihren Augen den Schlüssel zur Zukunft⁴⁸. Das war beiden bewusst und war eine wichtige Grundlage künftigen gegenseitigen Verständnisses.

Bei der nächsten Begegnung, die am 1. und 2. Dezember 1959 in Paris⁴⁹ stattfand, schlug Adenauer vor, *in möglichst weitem Umfange eine freundschaftliche Atmosphäre zu schaffen*. Kulturzentren sollten geschaffen und die Jugend in besonderer Weise angesprochen werden. Der Studentenaustausch sollte erleichtert, Verbindungen zwischen *privaten Organisationen* gefördert werden⁵⁰.

Anders empfanden Medien und öffentliche Meinung in beiden Staaten. Aber die beiden Staatsmänner waren nicht willens, auf demoskopisch manifestierte oder publizistisch artikulierte Meinungen der Presse Rücksicht zu nehmen. Deshalb hielten es beide für geboten, bei öffentlichen Auftritten geradezu proklamatorisch zeitgeschichtliche Erfahrungen anzusprechen und den angestrebten klimatischen Wandel, der sich in der Absicht zur enger werdenden Zusammenarbeit niederschlug, in politische Visionen zu transformieren. Der Hinweis auf zurückliegende kriegerische Auseinandersetzungen wurde erst in öffentlichen Verlautbarungen zum rhetorischen Moment einer politischen Inszenierung der Verständigung, zum Kernargument einer neuen symbolischen Vermittlung. Eine wichtige Rolle sollten dabei nicht die persönlichen Begegnungen, sondern erst Monate später die gegenseitigen Staatsbesuche spielen. Sie sollten die öffentliche Wahrnehmung beeinflussen und wirkten dennoch zugleich auf die beiden Akteure de Gaulle und Adenauer zurück, weil sie von den so positiven, eigentlich unerwarteten Reaktionen der Bevölkerung in beiden Staaten zunächst freundlich gestimmt, und schließlich geradezu begeistert waren.

Die neuen geschichtspolitischen Perspektiven schlugen sich vor allem in den Reden und symbolisch geprägten Handlungen beider Staatsmänner nieder. Hier zeigte sich, dass die gemeinsame Vergangenheit beider Völker und Staaten mit

47 Vgl. ebd., S. 164.

48 Die „Übereinstimmung der Ansichten über die großen Gegebenheiten unserer Zeit“ begründete für Adenauer die Hoffnung, diese Übereinstimmung würde auch „erreicht“, wenn sich einmal „akute Fragen“, und das bedeutete: Gegensätze, stellen würden; ebd., S. 168.

49 ADENAUER, Erinnerungen (wie Anm. 10) S. 15.

50 Ebd.

ihren Erfahrungen im Bewusstsein der Bevölkerung und der Journalisten immer präsent geblieben war und nicht selten sogar geradezu bewusst in den Mittelpunkt gemeinsamen Werbens um Verständnis und öffentliche Unterstützung gerückt wurde. Dennoch darf man sich nicht dadurch beirren lassen. Denn die unmittelbaren Kontakte beider Staatsmänner waren primär durch realpolitische und gegenwartsgeprägte Ziele bestimmt. Sie spiegelten wechselhafte Konstellationen des Kalten Kriegs, aber auch außenpolitische Entfremdung und zumindest gegenüber den USA das in der Mitte Europas im Zuge der Berlin-Krise seit 1958 stark gewachsene Misstrauen.

So verband Adenauer und de Gaulle die Überzeugung, die Bewältigung gegenwärtiger Widrigkeiten stelle ihre eigentliche Herausforderung dar. Die demoskopisch durchaus manifesten Animositäten zwischen Deutschen und Franzosen bewegten sie persönlich niemals – vielmehr stellte sich mit ihnen besonders nachdrücklich die Frage nach einer publizistisch abgesicherten Beeinflussung der Öffentlichkeit in der Absicht, die beidseitig erwünschte Annäherung zu unterstützen. Adenauer und de Gaulle versicherten sich gegenseitig, Akzente in der öffentlichen Wahrnehmung zu setzen, keinesfalls jedoch hinzunehmen, dass sie vorwiegend durch Publizisten geprägt würden.

Am 3./4. März 1959 kam es in der Agoniephase der IV. und der Formierungsphase der V. Republik zu einer wichtigen Begegnung zwischen Adenauer und Ministerpräsident Pflimlin⁵¹. Sie hatten bei einem Treffen in Vence⁵² verabredet, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich weiter zu verbessern – dies mit einer deutlichen Stoßrichtung gegen die Sowjetunion, die im Zuge der Berlin-Krise den Viermächtestatus für überholt erklärt hatte und bestrebt war, die Verantwortung der Siegermächte für Deutschland als Ganzes zu relativieren. In Frankreich überstürzten sich die Ereignisse im Zuge der Algerien-Krise – am 15. Mai 1959 war de Gaulle bereit, „Macht“ und Verantwortung zu übernehmen. Aber vergessen war das Treffen von Vence nicht, als de Gaulle, mit dem innenpolitischen Politikwechsel zugleich einen Verfassungswandel einleitete. Für Adenauer bot diese innerfranzösische Entwicklung eine zunächst für ihn kaum durchschaubare Situation. *Welchen Kurs*, so hatte er sich gefragt, *geht die französische Außenpolitik?*⁵³

Bald stellte sich heraus, dass an der Verlässlichkeit Frankreich vor allem in deutschlandpolitischer Hinsicht nicht zu zweifeln war. Denn eine deutlich spürbare antikommunistische Grundstimmung verband de Gaulle und Adenauer,

51 Bereits wenige Wochen danach scheiterte Pflimlin, nachdem General Massu einen – in Pflimlins Worten – *Aufbruch gegen das republikanische Gesetz* inszeniert und den Bürgerkrieg riskiert hatte. 1968 war es dann Massu, der de Gaulle, der das von den Mai-Unruhen aufgewühlte Paris verlassen und in Baden-Baden Zuflucht gesucht hatte, veranlasste, er solle nach Paris zurückkehren und *die Front halten bis ans Ende*; vgl. HAEHLING (wie Anm. 11), S. 123.

52 ADENAUER (wie Anm. 10), S. 132 ff.

53 Ebd., S. 142 ff.

wenngleich Unterschiede in der Einschätzung sowjetischer Interessen und vor allem Potentiale auffällig waren. Adenauer misstraute *den Sowjets* aus weltanschaulich-politischen, aber auch aus verteidigungspolitischen Gründen. De Gaulle empfand sich als antikommunistisch, dachte aber mehr als Adenauer geopolitisch und war vor allem auf französische Interessen hin orientiert. Wenn es den nationalen Interessen nützte, so war er sicher, könnte auch eine außen- und sicherheitspolitische Verhandlungs- und Verhaltensgrundlage mit der sowjetischen Regierung gefunden werden. De Gaulles Motivation zu einer engen Zusammenarbeit mit Adenauer entsprang so weniger einer antirussischen Haltung als vor allem seiner Kritik an der NATO, seinem Interesse an der herausgehobenen Förderung der französischen Landwirtschaft durch die EWG und einem gouvernemental geprägten Verständnis von Europa und seiner politischen Willensbildung.

Adenauer hingegen hatte vor allem die Sicherheit der Bundesrepublik im Blick, die er unter dem Eindruck der Berlin-Krise von 1958/59 nicht nur durch die sowjetische Konfrontationspolitik, sondern auch durch die in seinen Augen offensichtliche defensive Haltung der britischen und amerikanischen Regierung als gefährdet empfand. Diese Meinung teilte er mit de Gaulle, der ihm während der Konferenz mit den drei Westmächten, die vom 19. bis zum 21. 12. 1959 in Paris stattfand, beim gemeinsamen Frühstück zuraunte, der britische Premierminister Macmillan und der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower hätten überhaupt keine Ahnung, in welcher gefährlicher Lage wir uns befänden⁵⁴.

Wenige Monate später fanden in Paris Vorbesprechungen der Viermächtekonferenz vom 15. Mai 1960 statt. Sie endeten in Adenauers Wahrnehmung nach einem Eklat politisch geradezu *deprimierend*⁵⁵. Bereits am 14. Mai 1960 hatten sich de Gaulle und Adenauer in Paris mit Eisenhower und Macmillan getroffen, um sich vor der mit großen Erwartungen behafteten Konferenz abzustimmen. Die Unterstützung de Gaulles war für die deutsche Seite deshalb besonders wichtig, weil diese an den Verhandlungen der Siegermächte nicht unmittelbar beteiligt war. Adenauer knüpfte gegenüber de Gaulle an die Pariser Besprechungen vom Dezember 1959 an, wenn er betonte, eine *einheitliche und geschlossene Vorgehensweise der freien Länder* sei notwendig, um der *geistigen Gefahr des sowjetrussischen, atheistischen Kommunismus* zu begegnen⁵⁶.

De Gaulle und Adenauer verband ihre gemeinsame Unsicherheit angesichts der verteidigungs- und sicherheitspolitischen Verlässlichkeit der USA in der

54 Vgl. Adenauers „Notizen über Besprechungen in Paris Ende Dezember 1959, in: ADENAUER, Erinnerungen (wie Anm. 10) S. 23 ff., hier S. 27.

55 Ebd., S. 51. *Der Gesamteindruck [...] befestigte mich in meinem Entschluss, die Bande mit Frankreich, wie de Gaulle mir das am Tage vorher vorgeschlagen hatte, noch enger zu knüpfen.*

56 Ebd., S. 27.

Berlin-Frage und der Bereitschaft, Europa dauerhaft (*immer*) zu verteidigen⁵⁷. De Gaulle verknüpfte seine feste Haltung in der Betonung der alliierten Rechte in Berlin mit der Entspannungsbemühung. Nur wenn der Status Berlins nicht verändert werde, könne man der sowjetischen Seite entgegenkommen. Das war ganz im Sinne Adenauers. De Gaulle betonte abschließend, weltpolitisch käme in Zukunft dem von Deutschland und Frankreich geprägten Europa eine eigenständige und besonders gewichtige Rolle zu.

Adenauer war erleichtert, als er spürte, dass de Gaulle und er nicht nur gemeinsam die Unsicherheit in der Bewertung der britischen und amerikanischen Position⁵⁸ empfanden, sondern auch zu gleichgerichteten Konsequenzen neigten. Er stand Ende der fünfziger Jahre unter dem Eindruck politischer Bewegungen, die von einem neutralen Europa oder einer zwischen den Weltmächten stehenden „dritten Kraft“ träumten. Der polnische Staatspräsident Rapacki hatte diese neutralistische Position überdeutlich betont und damit nicht nur die „Kampf dem Atom-Tod“-Bewegung stimuliert, sondern auch kritische Sozialdemokraten beeindruckt. Als de Gaulle bei dem Treffen in Rambouillet, das nach dem Scheitern der Pariser Konferenz bereits Ende Juli 1960 stattfand, Konrad Adenauer wie schon bei der Besprechung am 14. Mai⁵⁹ vorschlug, eine deutsch-französische Staatenunion mit gemeinsamer Staatsangehörigkeit und einheitlicher Verteidigungs- und Außenpolitik in Angriff zu nehmen, war dies für den deutschen Kanzler wenig überraschend, obwohl er vor allem den in Deutschland geführten Streit zwischen Europäern und Atlantikern im Blick hatte und einen Ausgang der deutschen Debatte kaum voraussagen konnte.

Die Frage war dabei, wer den atomaren Schutz der Bundesrepublik garantieren konnte. Die französische Atommacht war im Aufbau und würde niemals das Gewicht derjenigen der U.S.A. erreichen oder gar der Atommacht UdSSR adäquat entgegentreten können. Für die französische Regierung entschied ihre Verfügung über Atomwaffen über ihr Verständnis staatlicher Souveränität – *Staaten ohne Atomwaffen seien Satellitenstaaten*⁶⁰, hatte Michel Debré erklärt und damit den entschiedenen Widerspruch Adenauers provoziert. Im Kern zielte diese Bemerkung des französischen Ministerpräsidenten nicht so sehr gegen Deutschland wie auf die NATO, deren atomares Waffenpotential von den Amerikanern kontrolliert wurde.

De Gaulle war bewusst, dass Adenauers Regierung Rücksicht auf die innenpolitischen Lagerbildungen und Frontstellungen deutscher Politik nehmen

57 Ebd., S. 65.

58 Vgl. die Notizen über Besprechungen in Paris, in: ADENAUER, Erinnerungen (wie Anm. 10) S. 24 ff.

59 Vgl. ebd. S. 45.

60 Ebd., S. 59.

musste, die von den „Atlantikern“ und den Anhängern einer Einbeziehung Großbritanniens in die europäische Integration geprägt wurden. De Gaulle setzte auf regelmäßige und häufige bilaterale Konsultationen, ja *Tagungen der Regierungschefs*⁶¹, um eine *gemeinsame Haltung* festzulegen. Er lockte die deutsche Seite mit dem Wunsch, Deutschland möge eines *von vier starken Völkern zu einer tragenden Säule des Widerstandes gegen den Kommunismus* werden⁶². Er schmeichelte sogar der *nationalen Persönlichkeit* Deutschlands und schrieb ihr im Ensemble der anderen Staaten des Westens eine besondere Bedeutung zu. Adenauer schien von den französischen Anstrengungen, eine eigene Atommacht aufzubauen, *befriedigt* zu sein und er sprach gegenüber dem französischen Premierminister Michel Debré am 7.10.1960 schließlich sogar die Erwartung aus, dass einige NATO-Staaten die Möglichkeit bekämen, *im Ernstfall nukleare Sprengköpfe ohne vorherige Zustimmung des amerikanischen Präsidenten zum Einsatz zu bringen*⁶³. Denn in seinen Augen *hätte sich die Spannung in der Welt erhöht*⁶⁴.

Es waren jedoch nicht diese Unterschiede, die erklären könnten, dass es 1961 keine weiteren bilateralen deutsch-französischen Treffen auf höchster Regierungsebene gab, sondern dass Begegnungen im Rahmen von Konferenzen stattfanden, die in der Regel de Gaulle initiiert hatte. Am 9. 2. 1961 kamen de Gaulle und Adenauer im Vorfeld einer Regierungskonferenz der EWG zu einem Vier-Augengespräch zusammen, in dem sie sich über die schwierige innenpolitische Lage in den USA und deren Konsequenzen für die Außenpolitik⁶⁵, und die Zusammenarbeit der sechs EWG-Mitglieder und eine Art europäischer Konföderation austauschten, die für de Gaulle zugleich die Grenzen der Integration bezeichnete. Im Hinblick auf Deutschland und Frankreich erhofften sie, dass das *Zusammenleben zur Gewohnheit*⁶⁶ werde. Die folgenden Besprechungen markierten jedoch unübersehbar Grenzen der weiteren Kooperation. Zum einen wirkte sich unverändert der Konflikt zwischen Europäern und Atlantikern aus, nicht zuletzt aber auch der Wahlkampf, bei dem erstmals Willy Brandt kandidierte. Brandt verkörperte eine neue Generation und eine neuartige politische Kultur. Er artikulierte ein neues Politikverständnis und zielte auf die

61 Ebd., S. 65.

62 Ebd., S. 62.

63 Ebd., S. 71.

64 Ebd., S. 70.

65 Ebd., S. 81 – dabei gaben sie der Überzeugung Ausdruck, *dass die innenpolitische Lage Amerikas auch ihre Auswirkungen auf die amerikanische Russlandpolitik haben werde, dass die USA zu einer Koexistenz mit der Sowjetunion kämen und sich mehr und mehr in Afrika, Asien, im Karibischen Meer und in Südamerika engagieren müssten*. Europa werde deshalb *„nicht mehr so interessant sein“*. Sehr wachsam beobachteten sie auch die Entwicklung der *Rassenfrage* für die amerikanische Innenpolitik.

66 Ebd., S. 84.

Öffentlichkeit. Brandts Aufstellung zum Kanzlerkandidaten, die auf Wechsel und Kanzlerablösung drängende FDP und der Mauerbau verunsicherten Adenauer zutiefst.

Am 20. Mai 1961 besuchte de Gaulle erstmals Bonn und wurde bei dieser Gelegenheit mit der Forderung Adenauers konfrontiert, in den sicherheitspolitischen Kontroversen zu den drohenden Veränderungen der Weltpolitik Stellung zu beziehen, also die politische Zurückhaltung aufzugeben, die Frankreich innerhalb der NATO isoliert hatte. Adenauer sah in der französischen Distanzierung von der NATO sogar eine Schwächung westlicher Entschlossenheit und Abschreckung. Beschwörungen der kulturellen Gemeinsamkeit ließ Adenauer nicht gelten⁶⁷ und bereitete so eine Verstimmung vor, die de Gaulle in seiner Entgegnung aufgriff. Er beschwor die Notwendigkeit politischer Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik, bezweifelte zugleich aber die Bereitschaft dreier Mitglieder der EWG, die weitere Kooperation voranzutreiben: *Sie sagten nicht, dass man Europa nicht schaffen solle, denn irgendwo wollten sie dieses Europa auch, aber sie wollten es, ohne es wirklich zu wollen*⁶⁸. Ein Tabu stelle innerhalb der europäischen Verhältnisse vor allem *die Furcht, dass in einer europäischen politischen Zusammenarbeit die französisch-deutsche Einigkeit eine ‚Entente‘ demonstrieren werde*⁶⁹. De Gaulle hatte Verständnis für diese Furcht, war aber entschieden der Meinung, *Deutschland und Frankreich sollten (nicht) einfach auf alles verzichten, nur weil Deutschland und Frankreich zum ersten Mal in der Weltgeschichte sich einig sein könnten*⁷⁰.

Im Mai 1961 war die Bedrohung Berlins, Deutschlands und Europas spürbar, hatte aber noch nicht den Siedepunkt erreicht, den die Absperrung Ost-Berlins am 13. August 1961 bedeutete. Auch die Wahlen vom September stellten vor allem nicht mehr als eine weitere Herausforderung dar, wengleich der Nimbus von Willy Brandt weniger zum Tragen gekommen war als der Wille der FDP, die Ära Adenauer in der Mitte der bevorstehenden Legislaturperiode, also 1963, zu beschließen. Mit der FDP hatte Adenauer einen neuen Koalitionspartner bekommen, der auf den terminierten Rücktritt des inzwischen hochbetagten Kanzlers drängte. Die FDP konnte sich zunächst nicht durchsetzen und wurde deshalb hämisch als „Umfaller-Partei“ bezeichnet. Dies hatte für den Kanzler

67 *Wenn (de Gaulle) meine, die Tradition sei in der heutigen Zeit oft von besonderer Stärke und Wichtigkeit, so irre er. Denn die junge Generation in allen Ländern habe kein Gefühl mehr für Tradition und deren Wert. Die Völker würden nur dann innerlich und eventuell dann auch militärisch dem Kommunismus Widerstand leisten, wenn sie mit ihrer Lage zufrieden seien, wenn sie die Lebensart, die sie jetzt hätten, schätzten und für wertvoll hielten. Nur dann würden sie sie gegen den Kommunismus verteidigen; ebd., S. 103.*

68 Ebd., S. 105.

69 Ebd., S. 107.

70 Ebd.

nichts Tröstendes, denn die öffentliche Häme, der sich die FDP im Herbst 1961 ausgesetzt sah, machte nur deutlich, dass die Beendigung der Adenauer-Zeit geradezu als eine Bringschuld der Liberalen galt.

Anfang Dezember trafen Adenauer und de Gaulle erstmals nach der Bundestagswahl 1961 in Paris zusammen. Die Frage der europäischen Zusammenarbeit war durch den Mauerbau und die innerdeutsche Konfrontation in den Hintergrund getreten und stand völlig im Schatten sicherheits- und bündnispolitischer Überlegungen. Wieder beschwor Adenauer de Gaulle, sich *nicht nur beobachtend gegenüber den schwebenden Fragen, insbesondere der Berlinfrage, zu verhalten*⁷¹. Gerade weil England ein neues Berlin-Arrangement anstrebe, dessen Inhalt ihm gleichgültig sei, käme es auf die Position Frankreichs an. *Wenn [...] England und Amerika entschlossen seien, mit der Berlinfrage Schluss zu machen, liege die einzige Möglichkeit der Verhinderung darin, dass Frankreich sage, es wolle nicht mitmachen*. De Gaulle reagierte erregt und bestritt pointiert Adenauers Berechtigung, ihm gegenüber zu erklären, *Frankreich desinteressiere [sic!] sich*⁷².

Das Gesprächsklima schien erstmals angesichts dieser Verärgerung und Erregung de Gaulles in einem Maße belastet, dass sich Adenauer gegenüber Mitarbeitern dahingehend ausließ, *dass bei diesem Verlauf der Unterredung sich eine katastrophale Entwicklung auch zwischen den Deutschen und den Franzosen anbahnen könne*.

Die Nerven lagen offensichtlich blank. In der Berlin-Frage tendierten die westlichen Alliierten zu einem Versuch, die Krise zu entschärfen. De Gaulle konnte keine Lösung anbieten. Seine Mitwirkung an den Beratungen konnte den Status von Berlin verändern; eine Verweigerung von Gesprächen ebenso. Was blieb? Nur das Versprechen, dass Frankreich *nichts akzeptieren, nichts verhandeln werde im Zusammenhang mit Deutschland und Europa, ohne dass die Bundesrepublik beteiligt sei*⁷³.

Die Zusammenkunft in Baden-Baden am 15. 2. 1962

Die Reihe der deutsch-französischen Gespräche hatte bis dahin gezeigt, dass sie immer mittelfristig geplant waren und bestens von den Botschaften in Bonn und Paris sowie den verantwortlichen Diplomaten beider Staaten vorbereitet und abgestimmt worden waren. So fühlte man sich höchst überrascht und konnte zunächst weder Voraussetzungen noch Folgen der in Baden-Baden bevorstehenden Begegnung einschätzen. Zuvor hatte der französische Staatspräsident alle Treffen mit Adenauer sehr sorgfältig vorbereitet. Bereits am 15. Feb-

71 Ebd., S. 122.

72 Ebd., S. 125.

73 Ebd., S. 127.

ruar 1962 Tag trafen sich Adenauer und de Gaulle zweimal – in dem Luxus-Hotel Brenners und im Kurhaus. Sie stellten nach den sechs Wochen zurückliegenden Irritationen politische Weichen, zum einen mit dem Ziel, die deutsch-französischen Gegensätze endgültig und in ein Einigungswerk münden zu lassen, zum anderen aber, um deutsch-französische Interessen innerhalb der als problematisch empfundenen europäischen und der europäisch-atlantischen Zusammenhänge zu erörtern.

Die Baden-Badener Begegnung ist auch deshalb im Vergleich mit den vorangegangenen Konsultationen von großer Bedeutung, weil sie eine Folge von Besprechungen, Arbeitstreffen und Staatsbesuchen eröffnete, die ein vergleichsweise beachtliches Medienecho fanden. Dieses Echo erzielte das Baden-Badener Treffen nicht. Deshalb steht es im Schatten der Frankreich-Reise Adenauers im Sommer 1962 und vor allem des geradezu triumphalen, von deutscher Begeisterung getragenen Besuchs de Gaulles in Deutschland im September 1962. Zäsuren lassen sich jedoch erst im Rückblick erkennen. Der Vergleich der folgenden Treffen beider Staatsmänner kann es erleichtern, die Bedeutung des Treffens vom 15. Februar 1962 im Zusammenhang der deutsch-französischen Beziehungsgeschichte besser als bisher zu ermessen. Dies dient nicht der Relativierung tagespolitischer Deutungen, die stets weitgehend unter dem Eindruck von Tagesereignissen und ihren Bewertungen stehen.

Das Protokoll der beiden Zusammentreffen erhellt schlaglichtartig Motive, Befürchtungen und offene Fragen, die die Relevanz der Begegnung für den langfristigen Annäherungsprozess deutlich macht. Folgende Begegnungen beider Staatsmänner schärfen den Blick für die historische Bedeutung der Baden-Badener⁷⁴: Die Ausgangslage lässt sich vor allem durch grundlegende Entwicklungen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik bestimmen, die sich, wie bereits angedeutet wurde, seit den späten 50er Jahren ergeben hatten. Der unmittelbare Anlass der Baden-Badener Gesprächsinitiative verweist auf aktuelle Entwicklungen der Jahre 1960/61, die Anfang 1962 eine besondere Zuspitzung erfuhren.

Erst die sechziger und siebziger Jahrzehnte lassen sich als europäischer Umbruch deuten, der insbesondere das westeuropäische Sicherheitsverständnis prägte und vor allem das Sicherheitsbedürfnis verstärkte⁷⁵. Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, Prager Frühling und Interventionen sowjetischer Truppen, die Besetzung Afghanistans durch russische Truppen, der Aufstieg Chinas zur Weltmacht, die Zuspitzung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten,

74 Ilse Dorothee PAUTSCH, Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (künftig: Akten 1962) 1962, Bd. 1: 1.1. bis 31. 3. 1962, München 2010, Nr. 73 und Nr. 74.

75 Eckart CONZE, Die Suche nach Sicherheit: Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 290 ff. spricht sogar von einem *Gezeitenwechsel*.

KSZE-Initiativen als Vorbereitung von Mauerfall und Vereinigung, der Sturz diktatorischer Systeme in Ost und West, schließlich die Wahlen zum Europäischen Parlament und weiterführende Verträge zur Gestaltung der europäischen Einigung, die Kriege um Israel, der Zusammenbruch des Ostblocks, der Systemwettbewerb in den Weltraum – all diese Ereignisse machen deutlich, dass sich politische Weichenstellungen ereigneten, die die sechziger Jahre zur zeitgeschichtlichen Schwellenzeit machen. Sie dürfen aber niemals isoliert betrachtet werden, sondern sind immer als politische Reaktion auf grundstürzende politische Veränderungen zu sehen.

Mit dem Beginn der sechziger Jahre wurde vollends deutlich, dass die Welt nicht mehr in der bipolaren Stabilität verharren konnte, sondern sich im Umbruch befand. Die Nahost-Kriege machten die Abhängigkeit vom Öl deutlich, die wirtschaftlichen Konflikte um Röhrenembargo und „Hähnchenkrieg“ zeigten die Fragilität der wirtschaftspolitischen Basis der europäisch-atlantischen Beziehungen. Hinzu kamen atompolitische Annäherungen zwischen Großbritannien und den USA. Sie machten de Gaulle endgültig deutlich, dass es gestufte europäisch-amerikanische Beziehungen gab. Während Frankreich Atomwaffen aus eigener Kraft entwickeln musste, hatten die Briten an den Forschungsfortschritten der Vereinigten Staaten ohne große Kosten und Mühen partizipieren können.

Politik reagiert auf Veränderungen. Vor allem Politiker, die sich wie de Gaulle und Adenauer als Entscheidende verstehen, wollten geahnten Entwicklungen vorausgreifen, um weiterhin Herr der Situationen zu bleiben, deren Ende sie nicht durchschauen, sondern nur ahnen konnten. Dies galt auch für den Schub der deutsch-französischen Kooperation, der nach der Lösung vorangegangener Konflikte noch einmal intensiviert werden konnte. In der V. Republik stand die französische Regierung mit dem Algerienkrieg vor völlig anderen Problemen als bisher.

Am 18. Januar 1962 hatte die französische Regierung den Regierungen der anderen fünf EWG-Staaten den Entwurf eines neuen Vertrages über eine europäische politische Union übersandt und damit – wie ein Diplomat feststellte – *Entrüstung* hervorgerufen, was de Gaulle nicht nur überraschte, sondern rasch handeln ließ. Am 12. Februar ließ er durch seinen Botschafter Seydoux dem deutschen Bundeskanzler den Wunsch übermitteln, sich möglichst bald zu treffen.

Innerhalb von nicht einmal einer halben Stunde wurde der 15. Februar und der Treffpunkt Baden-Baden ins Auge gefasst. An diesem Tag um 11.15 Uhr sprachen de Gaulle und Adenauer unter vier Augen, nur in Anwesenheit des Dolmetschers Mayer; sie trafen sich ein zweites Mal um 15.30 Uhr in Anwesenheit der Außenminister Schröder und Couve de Murville, zu denen auch der Staatssekretär Carstens stieß.

Außenpolitisch war die Lage Mitte Februar 1962 sehr kritisch. Die Berlin-Krise war seit 1958 virulent. Chruschtschow hatte mit einem Memorandum, das zwischen den Jahren die Regierungen beschäftigte, eine Abrüstungsoffensive gestartet, auf die Frankreich zwar positiv reagiert hatte, die aber schon im Oktober 1962 mit der Kuba-Krise in die unmittelbare Gefahr eines Atomkrieges mündete. Die Berlin-Krise hatte immer wieder zu Luftzwischenfällen geführt. So hatte die Sowjetunion am 14. 2. 1962 sogar damit gedroht, einen französischen Transporter auf dem Weg nach Berlin sogar im „reservierten Luftraum“ der Zugangskorridore zu beschießen.

Die deutsche Regierung reagierte verunsichert. Sie war zwar, wie Adenauer sagte, der Ansicht, die Initiative Chruschtschows sei *im großen und ganzen wertlos*, nicht mehr als *reine Bauernfängerei* und vor allem dazu bestimmt, *in deutschen Kreisen Misstrauen gegen den Westen zu säen* und diese zu locken durch die Aussicht, *dass man mit Russland gut verdienen könne*⁷⁶. Aber es ging um mehr, denn unsicher blieben die Deutschen in der Einschätzung der amerikanischen Position. Hier setzte de Gaulle in Baden-Baden an und nutzte die von Adenauer konstatierten *Meinungsverschiedenheiten im Westen*, die der deutsche Bundeskanzler als einen *Erfolg des Kommunismus* deutete und mit einem Seitenhieb auf die Regierung Kennedy verband. Adenauer sah darin ein *Weichwerden* und belegte seine Kritik damit, dass die amerikafreundliche Stimmung in Deutschland nach dem 13. August *einen Stoß bekommen hätte, weil viele der Meinung seien, dass die Amerikaner damals anders hätten handeln sollen*⁷⁷.

De Gaulle teilte Adenauers *nicht gerade äußerst günstige Beurteilung* der USA, stellte aber deutlich heraus, dass die französische Regierung nicht wisse, *wie die deutsche Regierung denke, dass diese Kenntnis aber unerlässlich sei, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam handeln*⁷⁸ sollten. Die Voraussetzung dieser Gemeinsamkeit sei die gemeinsame Stellungnahme, die *gemeinsame Stimme* jedoch sei die Voraussetzung des *gemeinsamen Handelns* nicht zuletzt in Fragen der Verteidigung. De Gaulle wurde deutlicher und stellte die Frage, *ob es vielleicht die deutsche Politik sei, nichts tun zu wollen, nicht nur nichts, was im Gegensatz stünde zu dem, was Amerika tun wolle ..., sondern auch nichts, was anders wäre*.

Er regte an, Frankreich und Deutschland sollten ihre Kontakte so organisieren, dass jedes Mal, wenn sich eine die beiden Regierungen und deren Interessen berührende Frage stellte, die Länder gemeinsam antworten sollten. *Eines Tages nämlich werde man sich in folgender Situation befinden: Nach und nach werde Amerika der Mauer in Berlin zustimmen und damit der endgültigen Tei-*

76 Akten 1962, Nr. 73 (Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, Baden-Baden 15. 2. 1962), S. 374.

77 Ebd., S. 375.

78 Ebd., S. 377. Hier finden sich auch die folgenden Zitate.

lung Deutschlands. Und nach und nach werde Amerika einer gewissen Neutralisierung Deutschlands zustimmen, weil es akzeptiere, dass die deutschen Streitkräfte niemals nuklear ausgerüstet werden. Dann werde Amerika, um in den Luftkorridoren und beim Zugang nach Berlin keinen Ärger zu haben und weil es auch viel praktischer sei, die ostdeutsche Republik in der einen oder anderen Form anerkennen ... Und so weiter.

Die entscheidende Konsequenz seiner Überlegungen formulierte de Gaulle jedoch als die Frage, ob nicht der Weltpolitik etwas fehle und ob dieses Etwas nicht ein gemeinsames deutsch-französisches Vorgehen sei. Adenauer bekannte sich zwar zur Bedeutung der Vereinigten Staaten, begrüßte aber die Initiative de Gaulles, der die nicht immer kalkulierbare Haltung der USA, und deren mangelhafte Entschlossenheit in Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik beklagte. De Gaulle erwiderte, er freue sich, dass Adenauer mit ihm einig gehe, dass heute in Europa etwas fehle, was geschaffen werden müsse – diese Einigkeit sei die beste Art und Weise, Amerika zu größerer Entschlossenheit zu bewegen⁷⁹. De Gaulle plädierte für eine europäische Politik, die wahrhaft europäisch und nicht notwendigerweise amerikanisch sei und zugleich die französische Identität – der Protokollant sprach von Frankreichs Persönlichkeit, de Gaulle wenig später vom Geist Frankreichs⁸⁰ – respektiere, auch, um prosowjetische innerfranzösische Gruppen in ihrer Bedeutung zu beschneiden.

Hatten de Gaulle und Adenauer vormittags ihre Deutung der Weltpolitik aufeinander abgestimmt und angesichts der schwer durchschaubaren politischen Verhältnisse in Europa, der NATO und der globalen Probleme nach den Ansichten und Einschätzungen der Weltpolitik gefragt, so handelte das nachmittägliche Treffen bereits konkret von der Bildung einer Europäischen Union, also eines Bundes, der die Politik der Mitgliedstaaten in allen Fragen von gemeinsamem Interesse – vor allem der Außen-, der Kultur- und der Verteidigungspolitik – annähern, koordinieren und vereinheitlichen sollte.

Der französische Außenminister Couve de Murville formulierte in Baden-Baden einen Neuansatz organisierter Europapolitik, sprach von Institutionen, die aus Staats- und Regierungschefs bestehen sollten, von Ministerausschüssen, einer politischen Kommission, ja von der Ausdehnung der Kompetenz eines europäischen Parlaments, von regelmäßiger Überprüfung der Entscheidungen und der Abstimmungsverfahren, nicht zuletzt von der Möglichkeit einer kontinuierlichen Revidierung des auf diese Weise entstandenen europäischen Gebildes.

Die Abstimmung über die von ihm angesprochenen Organisationsfragen stellte sich als schwieriger heraus als die unmittelbar vorangegangene Verständigung zwischen Adenauer und de Gaulle. Im Grunde ging es um den Kern des wirtschaftlich zusammenwachsenden Europa, um die Grenzen staatlicher Sou-

79 Ebd., S. 380.

80 Ebd., S. 381.

veränität und die Rolle der europäischen Institutionen. De Gaulle sah in der deutschen und französischen Kooperation den Kern der europäischen Kooperation: *Wenn diese beiden über einen politischen Entschluss nicht einig seien, könne es keinen solchen Beschluss geben. Umgekehrt aber müssten die anderen mitmachen, wenn Frankreich und Deutschland einig seien*⁸¹.

In seiner Ablehnung von *Drückebergerei* anderer europäischer Staaten ging de Gaulle soweit zu behaupten, Beschlüsse gegen den gemeinsamen Willen beider Regierungen seien unerheblich: Der *Grundgedanke*, so de Gaulle, von dem sich Frankreich leiten lasse, sei immer derselbe. *Für einen politischen Beschluss seien immer Deutschland und Frankreich nötig [...]. Einigten sie sich [...], müsse ihr gemeinsamer Beschluss sich durchsetzen*. Faktisch ging es um ein deutsch-französisches Vetorecht, das sich unübersehbar gegen die anderen Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft richtete, zugleich aber um den Versuch einer internen Stimmengewichtung und damit zugleich um die Begrenzung der immer wieder geforderten Einstimmigkeit aller Mitglieder bei ihren Beschlüssen.

Adenauer und de Gaulle gingen offensichtlich davon aus, dass ihre Staaten ein Kerneuropa bildeten und nicht nur die Geschwindigkeit, sondern auch Struktur und Inhalt der weiteren Integration vorzugeben hätten. Unübersehbar war das Misstrauen gegenüber der europäischen Bürokratie, die sich herausbildete, zugleich aber auch der politische Gestaltungswillen beider Staatsmänner. Denn sie waren überzeugt, dass im Zuge der intensiveren Integration eine Überwachung staatlicher Politik durch eine europäische Behörde verhindert werden müsse, in der de Gaulle die Entwicklung der europäischen Gemeinschaft zu einem *Superstaat* sah. Die europäischen Staaten sollten zwar Institutionen begründen können. Diese aber sollten nicht Europa schaffen und die einzelnen Staaten an Bedeutung übertreffen. Auch hier stimmte Adenauer mit der Bemerkung zu, politische Institutionen dürften nicht *den Gemeinschaften ins Handwerk pfuschen*⁸².

Auch um die Rechte des europäischen Parlaments kreiste das Baden-Badener Gespräch. Beide Staatsmänner waren sich darin einig, keine direkten Europawahlen vorzusehen. Insbesondere Adenauer befürchtete, die Menschen seien möglicherweise *nicht reif genug, um in ein europäisches Parlament zu gehen*. Überdies gäbe es so häufig Wahlen, *dass ihm nicht sehr viel daran gelegen sei, noch weitere Wahlen bestreiten zu müssen*⁸³.

De Gaulle stimmte zu, deutete aber an, dass die europäische Integration dereinst durch ein *Referendum* gekrönt werden könnte. Entscheidender war für Adenauer die wirtschaftliche Integration als Voraussetzung für die Entstehung

81 Ebd., S. 385.

82 Ebd.

83 Ebd., S. 387.

eines politischen Bundes. Das aber sei eine langfristige Herausforderung. *Heute schon einen Europäischen Bund schließen zu wollen, der alles umfasse, sei einfach nicht durchführbar*⁸⁴. De Gaulle erinnerte an politische Weichenstellungen der fünfziger Jahre, an die Montan-Union, die in seinen Augen das Ergebnis eines *politischen Aktes* war, der aus politischen Gründen erfolgt sei, nicht aber, *um einer Sachverständigenkommission Freude zu machen*. Er bekannte sich zur Politik als dem Leitfaden der Integration und leitete aus dieser Überzeugung die Absicht ab, einen *politischen Bund* zu schließen, der eine europäische *gemeinsame Politik* formuliere. Adenauer stimmte *hundertprozentig*⁸⁵ zu.

Für de Gaulle war ein Kennzeichen dieser europäischen Politik, dass sie einen atlantischen Bund verhinderte. Adenauer nahm dieses Stichwort auf und erklärte, das *atlantische Bündnis* bereite ihm *viel Kummer*. Offensichtlich stimmte er de Gaulles Ansicht zu, die Bundesrepublik *sei sich heute nicht mehr so sicher, dass die Vereinigten Staaten zur Verteidigung der Bundesrepublik Atomwaffen einsetzen würden. Sie sei wohl auch nicht sehr glücklich darüber, dass sich Atomsprenköpfe in der Bundesrepublik häuften, über die sie keine Kontrolle habe [...], so dass es sehr wohl sein könnte, dass die Bundesrepublik wegen dieser Atomwaffen sterben müsse, ohne die Möglichkeit eines Gegenschlags zu haben*⁸⁶.

Seitdem ist das Dreieck Paris-Washington-Bonn zwar weiterhin durch ständige Kräfteverschiebungen geprägt. Die Erwartungen de Gaulles, eine dominierende Verbindung zwischen Bonn und Paris zu schaffen, erfüllten sich in den sechziger Jahren auf lange Sicht zwar nicht, denn in Deutschland standen Atlantiker gegen diejenigen, die eine engere Kooperation mit Frankreich wollten. Was dem einen als „force de frappe“ galt, bezeichneten kritische Journalisten durchaus schon einmal ironisch als „force de pappe“.

Aber dies ist auf längere Sicht nicht entscheidend gewesen. Denn in die Zukunft wies die Vorstellung, aus der Wirtschaftsgemeinschaft eine *union politique*, also eine politische Gemeinschaft entstehen zu lassen, die *über allem, selbst über dem Gemeinsamen Markt, stehe und der alles angegliedert werden solle*. Kurze Zeit später zeigte sich, dass die kühn anmutende Vision einer gemeinsamen Abstimmung realisiert wurde: Absprachen, regelmäßige Treffen, die Gründung des deutsch-französischen Jugendwerks stabilisierten das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Beim Tod Adenauers las man in Nachrufen und Rückblicken von zwei politischen Wundern der Nachkriegszeit: dem deutsch-israelischen und dem deutsch-französischen Verhältnis. (Seitdem ist mit dem sehr guten deutsch-polnischen Verhältnis sogar noch ein drittes politisches Wunder hinzugekommen.)

84 Ebd.

85 Ebd., S. 393.

86 Ebd.

Das Protokoll der Baden-Badener Verhandlungen erweist sich somit als Andeutung einer Zäsur, die nicht unterschätzt werden kann und die den europäischen Integrationsprozess, eine ständige Erweiterung und Vertiefung Europas, weiterhin prägt, herausfordert, vorantreibt und auch wieder zurückwirft, um neue Anstrengungen in Richtung einer intensivierten zunehmenden Integration im Bereich der Verteidigungs-, der Wirtschafts-, der Fiskal- und der Bildungspolitik anzustoßen.

Folgetreffen und gegenseitige Staatsbesuche

In Baden-Baden hatte de Gaulle der deutschen Seite entschlossen eine enge Zusammenarbeit außerhalb der damaligen Strukturen europäischer Entschlussbildung angeboten und offen um eine denkbar enge Kooperation Deutschlands mit Frankreich geworben. Voraussetzung des Vertrauens, das in dieser Initiative zum Ausdruck kam, war der vorangegangene mehrmalige Gedankenaustausch auf französischem Boden. Grundlage des Einverständnisses war die Erfahrung einer Blockkonfrontation, der engeren Kooperation zwischen der amerikanischen und der britischen Regierung in Sicherheitsfragen und der britischen Atombewaffnung. Spürbar waren auch Auswirkungen der Berlin-Krise. Die Gefahr, die von der sowjetischen Seite ausging, schätzten de Gaulle und Adenauer ähnlich ein. Unterschiede betrafen die Einschätzung der amerikanischen Verteidigungsanstrengungen und die Befürchtung, dass die neue amerikanische Regierung unter Kennedy sich nicht an die Zusagen der Eisenhower-Administration halten würde.

So waren es weniger Emotionen als vielmehr klarsichtige Interessenabwägungen, die beide Politiker unter dem Eindruck der Berlin-Krise, des „Kalten Krieges“ und der ständigen Bedrohung durch die Sowjetunion veranlassten, neue Strukturen deutsch-französischer Willens- und Entschlussbildung zu diskutieren und zu schaffen. Vor allem die skeptische Einschätzung amerikanischer Positionen nach der Wahl Kennedys ließen den Wunsch wachsen, gegebenenfalls den Truppen des Warschauer Paktes, *dem Osten*, wie man damals abkürzend sagte, gemeinsam entgegenzutreten⁸⁷. Neben der zurückhaltenden Reaktion der europäischen Staaten auf die Initiative de Gaulles war es die Erschütterung des Sicherheitsgefühls, das de Gaulle und Adenauer verband.

Beide Staatsmänner zweifelten im Verlauf der Berlin-Krise und der Diskussionen über die Reform der NATO zunehmend daran, dass die USA mit allen Mitteln zur Verteidigung Europas bereit wären. Deshalb rückte nicht nur eine

87 Vgl. Reiner MARCOWITZ, Charles de Gaulle und die Westdeutschen in der Berlin-Krise 1958–1963: Über die Wirkmächtigkeit eines nationalen Stereotyps auf die operative Außenpolitik, in: Harm KLUETING, (Hg.), Nation – Nationalismus – Postnation: Beiträge zur Identitätsfindung der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Köln u. a. 1992, S. 203–218.

politische Union zwischen Deutschland und Frankreich in den Blick, sondern es wurde die deutsch-französische Zusammenarbeit als Grundlage der weiteren europäischen Integration durchdacht.

Am 2. Juli 1962 landete Adenauer in Paris, um Frankreich mehrere Tage – bis zum 8. Juni – zu bereisen. Der *symbolische Charakter* des *historischen Staatsbesuchs* werde *weit mehr ins Gewicht fallen [...] als die diplomatischen Gespräche*, hatte der Pariser Korrespondent der FAZ orakelt⁸⁸. Am Tage nach seiner Ankunft traf Adenauer nachmittags mit de Gaulle zu einem als „streng geheim“ eingestuften ersten Vieraugen-Gespräch zusammen⁸⁹. Anschließend fuhr er mit einem Schiff auf der Seine zu einem Empfang im Pariser Rathaus. Hier schlug dem Bundeskanzler *eine Welle der Sympathie* entgegen. Eine seiner Beobachtungen teilte er später de Gaulle mit: Er habe gesehen, dass die französischen Kommunisten, die er wie andere kommunistische Parteien innerhalb Europas stets sehr kritisch gesehen und als eine Art von fünfter Kolonne der Sowjetunion empfunden hatte, *ungefährlich*⁹⁰ seien. Spätere Proteste französischer Kommunisten gingen immer wieder im Jubel der Mehrheit unter⁹¹.

Im Mittelpunkt des ersten Pariser Gesprächs stand der Gedankenaustausch zum Stand der Europäischen Union⁹². Seit dem Treffen in Baden-Baden hatten die Konsultationen mit der italienischen und belgischen Regierung den dort geäußerten Elan gedämpft. Adenauer plädierte dafür, sich durch Bedenken nicht beirren zu lassen. *Er sei dafür, dass man einen Anfang mache, und wenn einer der Sechs dabei nicht mitmachen wolle, solle sein Stuhl freigehalten werden*⁹³. Diese Überlegungen richteten sich vor allem gegen die Absicht der italienischen Regierung, eine Veränderung der Zusammenarbeit zwischen den sechs EWG-Partnern der britischen Regierung gleichsam, wie de Gaulle bemängelte, *zur Genehmigung* vorzulegen. Adenauer stimmte dieser kritischen Haltung gegenüber der Londoner Regierung zu und ging soweit, zu behaupten, die englische Haltung erkläre sich *letzten Endes* aus der Tatsache, *dass England nicht ertragen könne, dass Frankreich die führende Macht sei*.

Adenauer sah in der Festigung der deutsch-französischen Zusammenarbeit vor allem die Chance, die von ihm der russischen Politik unterstellte Taktik Chruschtschows zu unterlaufen, die *westliche Uneinigkeit und westliches Zö-*

88 FAZ 150 v. 2.7.1962, S. 1. Im Untertitel hieß es: *Keine Demonstration gegen England und Amerika*.

89 Akten 1962, Nr. 271, S. 1194 ff.

90 Ebd., S. 1239.

91 Vgl. FAZ 153 v. 5.7.1962, S. 4.

92 Vgl. FAZ 152 v. 4.7.1962, S. 1. Der französische Ministerpräsident Georges Pompidou hatte Adenauer als *Architekt der Versöhnung* bezeichnet. Die FAZ zitierte Adenauer mit dem Satz: *Wir dürfen nicht vergessen, damit die andern vergessen können*.

93 Akten 1962, S. 1195.

gern in den *Zerfall des Westens* zu steigern⁹⁴. Ressentiments, die geradezu an außenpolitisches Misstrauen der Kaiserzeit anknüpfte, wurden spürbar: *Es sei das alte englische Spiel mit dem Kontinent: divide et impera*⁹⁵ – eine Überzeugung, der de Gaulle ausdrücklich mit der Bemerkung zustimmte, *dies sei sehr wichtig*. Adenauer erklärte de Gaulle zu den offenen, die Fortsetzung und Intensivierung der europäischen Integration betreffenden Fragen, die vor allem die italienischen Regierungsvertreter aufgeworfen hatten, man müsse ein *Risiko auf sich nehmen*, dürfe nicht *mehr endlos warten* und so der gemeinsamen *großen Idee* dadurch *öffentlich Schaden zuzufügen*, dass Großbritannien zum *Schiedsrichter Europas* gemacht würde.

De Gaulle hielt England wegen seiner engen Bindung an *das weiße Commonwealth* nicht für beitragsgeeignet und übernahm so eine paneuropäische Position, die in der Zwischenkriegszeit auch Richard van Coudenhove-Kalergi vertreten hatte. Seine Haltung wurde dabei ganz wesentlich durch sein Interesse an der europäischen Agrarpolitik bestimmt. Landwirtschaftliche Erzeugnisse aus dem Commonwealth stellten eine Konkurrenz für französische Landwirte auf dem Agrarmarkt dar und beunruhigten deshalb die französischen Bauern⁹⁶. Allerdings argumentierte de Gaulle nicht derart eng und auf die französischen Interessen bezogen, sondern sprach geopolitische und kulturelle Unterschiede an. Großbritannien schien für ihn außerhalb Europas zu liegen. Dies erklärt seine Überzeugung, der *insulare und maritime Charakter Großbritanniens* sei neben den Unterschieden in der Industrieproduktion und der geringen Landwirtschaft ein entscheidendes Hindernis für die Aufnahme Englands in die EWG. De Gaulle war überzeugt, ein Beitritt des Inselreiches müsse ein *völlig anderes Europa* schaffen, das vermutlich *überhaupt kein Europa mehr wäre*⁹⁷. Diese Feststellung war ohne Zweifel übertrieben und wurde von Adenauer auf eine Weise korrigiert, die auf weit zurückgreifende Europa-Vorstellungen verwies: *de Gaulle wolle das Reich Karls des Großen*, Macmillan, der britische Premierminister, hingegen *das Römische Reich*⁹⁸. Diese Bemerkung machte erneut deutlich, wie stark die Vorstellungen beider Staatsmänner durch die historische Perspektive bestimmt wurden, die sich auf die mittelalterliche und frühneuzeitliche Geschichte bezogen.

Wenn de Gaulle die Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft zur Europäischen Union ausbauen wollte, so richtete er sich unübersehbar gegen den Einfluss der britischen Regierung, die zudem versucht hätte, die öffentliche Mei-

94 Ebd.

95 Ebd., S. 196.

96 Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Botschafters Blankenhorn, Paris vom 15.2.1963, in: Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963 (künftig: Akten 1963), Bd. 1: 1.1.–31.5.1963, München 1994, Nr. 94, S. 319 ff.

97 Ebd., S. 1198.

98 Ebd., S. 1201.

nung zu beeinflussen. Später, während des Deutschland-Besuches von de Gaulle, sollte sich Adenauer sogar zu der Behauptung versteigen, die britische Botschaft *habe sich praktisch durch Nachrichtenversorgung den ganzen Springer-Konzern gekauft*⁹⁹. Zunächst aber einigten sich beide Staatsmänner darauf, die Interessen Deutschlands und Frankreichs nicht *vom kleinen Gesichtswinkel* aus zu behandeln und *nie die großen Zusammenhänge, die großen politischen Schlüsse* unberücksichtigt zu lassen, zugleich aber parteipolitische Bewertungsmaßstäbe zurückzudrängen. Nicht der Blick auf die Konservative Partei sei für sie maßgeblich, sondern der *eigene Standpunkt* und das Verhältnis beider Staaten *zu dem, was heute die EWG* sei.

Damit wurde deutlich, dass beide Staatsmänner bereit waren, sich in Zukunft wirklich in dem in Baden-Baden angesprochenen Maße sehr eng abzustimmen, mehr noch, dass sie entschlossen schienen, eine gemeinsame Haltung gegenüber den vier anderen EWG-Staaten einzunehmen. Damit wurde das Konsultations-Modell ins Auge gefasst, das de Gaulle bereits in Baden-Baden angesprochen hatte und auf dessen Grundlage beide Staaten als treibendes Element eigenständiger Europa-Politik gestärkt werden sollten.

Beide Staatsmänner verfolgten die sicherheitspolitischen Interessen ihrer Länder und waren weiterhin von der Absicht angetrieben, den „Gemeinsamen Markt“ zu einer „politischen Union“ auszubauen. Dass dies bedeutete, gegen den Beitritt Großbritanniens Stellung zu beziehen war ihnen bewusst und verband sie. Insofern war das Dreieck Bonn-London-Paris durch die Annäherung prekär geworden. Verzichtbar schien ihnen die Einbeziehung der britischen Insel, weil sie Anstoß an den engen Beziehungen zwischen London und Washington in der Verteidigungspolitik nahmen, aber auch Folgeprobleme berücksichtigen wollten, die mit der Öffnung der EWG zum Commonwealth einhergehen müssten.

Überraschend war, dass beide Politiker ihre Vorstellungen in einem ungewöhnlich offenen Gedankenaustausch entwickelten. Augenscheinlich vertrauten sie einander und sprachen deshalb auch ohne Zurückhaltung über die Gespräche mit den Vertretern anderer Regierungen, tauschten ihre Einschätzung von deren Motiven aus und schworen sich nicht zuletzt auf diese Weise gegenseitig auf eine vertrauensvolle Kooperation ein.

Im Kontrast zu diesem Gesprächsstil lässt sich das vormittägliche, als *vertraulich* eingestufte Gespräch zwischen Gerhard Schröder, dem deutschen Außenminister, und dem französischen Außenminister deuten¹⁰⁰. Es kreiste vor allem um den Beitritt Englands zur EWG und streifte erst am Schluss die Erweiterung der Politischen Union. Schröder warnte gegen Ende der Erörterung vor

99 Akten 1963, Nr. 346 (5. 9. 1962), S. 1499.

100 Akten 1963, Nr. 271 (4. 7. 1962), S. 1205 ff.

schädlichen Rückwirkungen gescheiterter Initiativen *in der kommunistischen Welt* und beklagte, dass angesichts der wirtschaftlichen Zielrichtung *die politische Seite* in den Hintergrund träte. Er deutete an, man könne sich aufgrund der französischen Vorstellungen auf *gemeinsame Vorschläge einigen, die auch für England akzeptabel wären*¹⁰¹.

Diese Bemerkung machte deutlich, dass Adenauer und de Gaulle von ganz anderen Zielvorstellungen ausgingen, die Schröder bis dahin entweder offenbar nicht realisiert hatte oder als dezidierter „Atlantiker“ nicht teilte. Schröder schien sogar der Hoffnung Ausdruck zu geben, durch einen positiven Ausgang der deutsch-französischen Gespräche könnten die britischen Verhandlungen zum EWG-Beitritt günstig beeinflusst werden. Die Haltung der britischen Regierung interpretierte er deshalb lediglich als Wunsch, über die deutsch-französischen Verhandlungen *unterrichtet* zu werden und der britischen Öffentlichkeit erklären zu können, *gefragt* worden zu sein. Adenauer und de Gaulle wussten, dass es um mehr als nur um die Wahrung des Gesichts der britischen Regierung in der Öffentlichkeit ging. Die Zurückhaltung von Schröders Kollegen Couve de Murville erklärte sich aus dessen Erwartung, nach einem Beitritt Englands wollten andere Staaten wie Dänemark, Norwegen und Irland in die Wirtschaftsunion aufgenommen werden. Dies müsste den Rahmen der von de Gaulle angestrebten „Politischen Union“ weit überschreiten. Schröder schien diese Bedenken nicht wahrzunehmen¹⁰².

Das wiederum als *streng geheim* eingestufte und vom Dolmetscher Kusterer aufgezeichnete zweite Pariser Gespräch am 3. Juli 1962 zwischen Adenauer und de Gaulle war wesentlich brisanter¹⁰³. Es stand nicht nur im Zeichen verteidigungspolitischer Erörterungen, sondern auch unter dem Einfluss weltpolitischer Entwicklungen in Südamerika und Asien, die Adenauer als Ausdruck wachsender *kommunistischer Gefahr*¹⁰⁴ deutete. Diese Furcht bestimmte im Verlauf der weiteren Treffen zunehmend den Gedankenaustausch. Zunächst aber wollte Adenauer als *wichtigstes* Thema die *besonderen* deutsch-französischen Beziehungen behandeln.

101 Ebd., S. 1210.

102 Das für den Folgetag angesetzte Gespräch der beiden Außenminister verlief ähnlich inhaltslos. Dass es um grundlegende Fragen des politischen Einflusses ging, machte Couves Reaktion auf Schröders Vorschlag deutlich, anlässlich der Genfer Konferenz über Laos die vier westlichen Mächte zusammenzuführen, um die *derzeitige internationale Lage* zu erörtern. Couve wandte ein, nicht den Eindruck erwecken zu wollen, durch eine derartige *Vierer-Konferenz* und das anschließende Arbeitessen *mit den Sowjets bei den Amerikanern den Eindruck entstehen* zu lassen, ihnen würde *damit die Zustimmung aller zu den zweiseitigen russisch-amerikanischen Gesprächen* erteilt; Akten 1963, Nr. 274 (4. 7. 1962), S. 1220.

103 Vgl. FAZ 154 v. 6. 7. 1962, S. 1. Hier wird betont, *dass es bei der gesamten Begegnung vor allem um das Verhältnis beider Länder zu Dritten* ging.

104 Akten 1963, Nr. 273 (4. 7. 1962), S. 1213.

Einleitend betonte er *seufzend*, es sei *mit der Nato [...] ein Kreuz*¹⁰⁵, verlangte die amerikanische Regierung doch, die Bundeswehr auf 750 000 Mann zu vergrößern. Darin sah Adenauer vor allem eine wirtschaftliche Belastung Deutschlands, die kaum zu bewältigen war. De Gaulle lenkte die Aufmerksamkeit auf die taktische und strategische Bedeutung der konventionellen Aufrüstung Deutschlands. Adenauer erklärte, unter Berücksichtigung auch der Zivilisten, die in den Diensten der Bundeswehr stünden, überträte der Verzicht auf eine Million Menschen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesrepublik. Die Zurückhaltung der amerikanischen Regierung gegenüber deutschen Vorstellungen von einer Beteiligung an der Entscheidung über Atomwaffeneinsätze, vor allem aber Misstrauen gegenüber zwei kommunistischen Mitgliedern der Regierung Islands¹⁰⁶ veranlasste Adenauer, die auch von de Gaulle gewollte Nato-Reform aus deutscher Interessenlage anzuregen.

De Gaulle machte deutlich, weshalb Frankreich ein Atomwaffen-Programm in Angriff genommen hätte¹⁰⁷. Natürlich war ihm bewusst, dass die französische Atomwaffe in quantitativer Hinsicht mit den bestehenden Potentialen nicht vergleichbar war. Ihm kam es darauf an, *überhaupt Atomwaffen zu besitzen*, die *ungeheuer in sich selbst seien*¹⁰⁸. Abschreckung sei eine *Realität*, die nicht voraussetze, *stärker* als der Gegner zu sein, sondern sich in der bloßen Tatsache einer Möglichkeit zur Abschreckung durch eine atomare Reaktion bewähre. Denn wer die Fähigkeit zum Atomschlag *besitze*, *könne die Geisteshaltung des Gegners beeinflussen*, weil *Atombomben eine Zerstörung und Ruinierung mit sich brächten*, die *kein Staat*, und *sei er kommunistisch*, *hinnehmen könne*¹⁰⁹.

De Gaulle warb um Adenauer, indem er ihn zu überzeugen suchte, dass die Atomwaffen entgegen der amerikanischen Behauptung keineswegs *kollektiv* der NATO *gehörten*. Die amerikanische Regierung habe sich vielmehr allein eine Entscheidung über einen Atomwaffeneinsatz vorbehalten. Die Bundesrepublik sei besonders durch Atomkriege betroffen, da sie sich „in vorderster Linie“ eines Atomkrieges befände und genauso wie Europa *den Einsatz dieser Waffen zur eigenen Verteidigung nicht selbst beschließen könne*¹¹⁰. Zweifel an der Reaktionsbereitschaft der Amerikaner führten zur Überlegung, eine europäische, faktisch französische Atombewaffnung als Ziel europäischer Sicherheits- und Verteidigungsbestrebungen zu akzeptieren. Damit war die *raison*

105 Ebd., S. 1211.

106 *Dass diese beiden Kommunisten sich ruhig verhielten*, erklärte Adenauer de Gaulle, *sei vielleicht zum Teil auf ihr Naturell zurückzuführen*, *sicherlich aber auch im Auftrag Moskaus*, weil sie sonst nichts mehr erfahren würden; ebd., S. 1212.

107 Ebd., S. 1215.

108 Ebd.

109 Ebd.

110 Ebd., S. 1216.

d'être der *politischen Zusammenarbeit* zwischen Deutschland und Frankreich, die Adenauer in Baden-Baden angesprochen, aber nicht konkret ausgeführt hatte, deutlich geworden: Sie sollte *auch* der Verteidigung Europas *im eigentlichsten Sinne* dienen – nicht ohne Rücksicht auf das Atlantische Bündnis der NATO, aber doch unter Berücksichtigung der *eigenen Lage*.

Adenauer widersprach nicht, sondern verwies stattdessen darauf, dass diese Haltung innerhalb der „Sechs“ nicht vermittelbar – gleichsam zu „undicht“ – sei. Deshalb fragte er de Gaulle, ob die angesprochene Problematik wirklich im Kreis der europäischen Gemeinschaft besprochen werden könne und nicht *zwischen Frankreich und Deutschland bleiben* müsse¹¹¹. Diese Exklusivität setzte sich bereits am folgenden Tag fort. Denn während die Außenminister beider Staaten am Nachmittag des 4. Juli 1962 generell erörterten, wie eine *allgemeine Aussprache über die derzeitige internationale Lage herbeizuführen* sei, hatten sich Adenauer und de Gaulle darauf geeinigt, vor der Fortsetzung der Verhandlungen *in größerem Kreise* noch einmal am 5. Juli 1962 eine halbe Stunde unter vier Augen zu konferieren.

Dieses Folgegespräch nahm den Faden des Vortags nicht unmittelbar auf und ergänzte die kritische Bewertung der amerikanischen Politik durch den Wunsch, durch einen Besuch de Gaulles in Deutschland die *Verklammerung* Frankreichs und Deutschlands zu vertiefen. Adenauer lehnte die von de Gaulle am Vortrag eingeschlagene Verhandlungsführung sogar in gewisser Weise ab, weil er in der Kooperation beider Staaten „den besten Schutz gegen die Sowjetunion“ sah. Dies ließ sich als eine Variante der sicherheitspolitischen Überlegungen de Gaulles deuten, zielte allerdings zugleich auf flankierende Maßnahmen, denn die Bemühungen um Zusammenarbeit wurden von Adenauer entschieden auf *Jugendorganisationen, Städtepartnerschaften usw. ... gesteigert*¹¹².

Das im erweiterten Kreis fortgesetzte *Schlussgespräch* vom 5. Juli 1962 knüpfte ausdrücklich an die Baden-Badener Beratungsergebnisse an und lief doch auf eine Modifikation hinaus, denn es stand nicht eine bilaterale Intensivierung der Kontakte und Absprachen im Vordergrund, sondern es ging im Kern um eine Verbesserung der *organisierten Zusammenarbeit der sechs Länder* mit dem Ziel, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu einer politischen Kooperation bis hin zur *europäischen Einigung* zu steigern¹¹³. Adenauer, so betonte de Gaulle, hätte dazu aufgefordert, Frankreich und Deutschland sollten die *Initiative wieder an sich ziehen*. Dies deute auf eine Fortsetzung der engen deutsch-französischen Kooperation hin und entscheide zugleich über die Frage, ob Großbritannien in die EWG einzubeziehen sei.

111 Ebd., S. 1217.

112 Ebd., S. 1230 f.

113 Akten 1963, Nr. 277, S. 1233.

Dem widersetzte sich de Gaulle entschieden und vertrat sogar die These, *im Grunde* habe es die *Sechsergemeinschaft* schon bei ihrer Bildung auf die deutsch-französische Einigung abgesehen gehabt. Adenauer wich unter Hinweis auf die Gespräche aus, die mit den vier anderen Gemeinschaftsstaaten geführt werden mussten. Nun erst spitzte de Gaulle die Problematik so zu, dass der deutschen Seite nur die Möglichkeit einer Bejahung oder Verneinung blieb: *Er werde nun*, sagte de Gaulle, *eine offene und direkte Frage an den Bundeskanzler der Bundesrepublik stellen. Wenn wir in Rom zusammenkommen und wenn wegen der Italiener und der Beneluxländer es nicht zur politischen Gemeinschaft kommt ohne den vorherigen Beitritt Großbritanniens, ist dann die Bundesrepublik bereit, mit Frankreich eine politische Union einzugehen? Oder würde die Bundesrepublik dann lieber verzichten?* Adenauer erklärte daraufhin seine Bereitschaft, sich für die Gründung einer politischen Union einzusetzen, ohne sich von Großbritannien *abhängig* zu machen.

De Gaulle akzentuierte dieses Zugeständnis: *Wenn den anderen klar sei, dass Frankreich und Deutschland entschlossen sind, zusammenzugehen, werden sie mitmachen.* Es käme darauf an, den anderen Regierungen der Gemeinschaftsstaaten das sichere Gefühl zu vermitteln, *dass wir zum Zusammengehen entschlossen sind*¹¹⁴. Dabei hänge alles von den Deutschen und dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich ab. Die Franzosen (*wir*) seien *bereit*. Ohne die anderen Partnerstaaten *unter Druck* setzen zu wollen, sei nach den Pariser Gesprächen *kein Zweifel [...] an der Solidarität* möglich, zu der sich Frankreich und Deutschland bekennen. Das große *Verständnis* füreinander sei nicht nur für beide Länder gut, *es sei auch gut für Europa und für den Frieden in der Welt.*

Unangenehm sei das so herzlich bekundete Einverständnis dabei vielleicht für England und die USA, ergänzte de Gaulle. Die Haltung beider Partner müssten Frankreich und Deutschland jedoch aushalten, denn ihre Union sei *wichtig: Wir sollten nicht schüchtern sein. Die anderen würden kommen, wenn wir einig sind.* Vorrangig sei es, *die angestrebte Zusammenarbeit [...] im Volk (zu verankern).* Deshalb regte de Gaulle Städtepartnerschaften und einen breiten Jugendaustausch an. In diesen hochgestimmten Ton fiel Adenauer abschließend mit der Bemerkung ein: *Wenn unsere beiden Länder in den Grundfragen einig seien, wobei er die geistig-kulturellen Fragen mit einbeziehe, würden wir den Kontinent retten und darüber hinaus die atlantische Welt.*

Adenauers Reise durch Frankreichs *Provinz* schloss sich an. Sie hinterließ tiefe Spuren. Sie führte über Rouen und Bordeaux nach Reims, in die Stadt, *die im Ersten Weltkrieg im Frontgebiet lag und zu einem großen Teil zerstört wurde*, in der am Ende des 2. Weltkriegs die Kapitulation der deutschen Wehrmacht

114 Ebd., S. 1236.

besiegelt wurde¹¹⁵. Umso größer war die symbolische Bedeutung einer deutsch-französischen Militärparade in der Champagne¹¹⁶. De Gaulle fasste die Wirkung des Besuchs Adenauers in die Worte, es habe sich dabei um eine *entscheidende Tat* gehandelt¹¹⁷.

Der Besuch Adenauers in Frankreich lässt sich als Dammbbruch der öffentlichen Zustimmung zur deutsch-französischen Annäherung deuten. In den frühen fünfziger Jahren waren entscheidende Impulse von Jugendlichen und Studenten ausgegangen, die die Schlagbäume an den Grenzorten beseitigten. Nun war die Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit zur deutsch-französischen Annäherung in der Begeisterung der Franzosen sichtbar geworden, die mehrheitlich de Gaulles Feststellung zu akzeptieren schienen, die neue intensive Zusammenarbeit sei *das Wunder unserer Zeit*¹¹⁸. Die Süddeutsche Zeitung kommentierte den Besuch ein wenig spöttelnd, *die Fahrt Adenauers zu Charles de Gaulle hätte einem Besuch gleichsam bei Karl dem Großen geglichen*. Adenauers *Sprödigkeit* wurde kontrastiert mit dem *Geschichtsbewusstsein* de Gaulles. *Rechtfertigung durch Geschichte sei von jeher ein Wesenselement der Rhetorik, des politischen Handelns und auch der inneren Überzeugung bei de Gaulle, und auch beim deutschen Bildungsbürger setzt er nicht mit Unrecht Verständnis für dergleichen Hermelin*¹¹⁹.

In diesem Kommentar wurde auch das Geheimnis des Erfolgs angedeutet, der den Staatsbesuch de Gaulles in Deutschland vom 4. bis zum 9. September 1962 zum Triumphzug werden ließ und der in der deutschen Presse starken Widerhall fand: *Übergossen von einem Glanz der Versöhnung, einem gleichzeitigen Früh- und Abendrot europäischer Gemeinschaft werde das mittelalterliche Sehertum des Generals ergänzt durch seine Eigenschaft als erstklassiger moderner Taktiker*¹²⁰.

Die Deutschlandreise de Gaulles war auf französischer Seite mit großen Erwartungen verknüpft worden. Kritiker der deutsch-französischen Annäherung waren gewarnt, befürchteten sie doch eine Belastung des deutsch-amerikanischen und deutsch-britischen Verhältnisses. De Gaulle bereite sich *mit der größten Intensität und Umsicht* vor, hatte der deutsche Botschafter in Paris Herbert Blankenhorn¹²¹ schon Anfang August nach Bonn berichtet. Er sei dabei,

115 Die FAZ 150 v. 2. 7. 1962, S. 1, erinnerte daran, dass Chruschtschow bei seinem Frankreich-Besuch 1960 in Reims eine *betont antideutsche Rede* gehalten hatte.

116 FAZ 156 v. 9. 7. 1962, S. 6.

117 FAZ 156 v. 9. 7. 1962, S. 1.

118 FAZ 152 v. 4. 7. 1962, S. 4.

119 Zit. nach FAZ 155 v. 7. 7. 1962, S. 2.

120 Ebd.

121 Herbert BLANKENHORN, *Verständnis und Verständigung: Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979*, Frankfurt am Main 1980. Blankenhorn war von 1960 bis 1963 Botschafter in Paris und von 1965 bis 1970 Botschafter in London.

*eine große Zahl von Reden und Ansprachen zu verfassen, alle Arten von literarischem und historischem Material zu sammeln, seine Kenntnisse der deutschen Sprache zu vervollkommen, ja gewisse Schlusstexte seiner Reden in deutscher Sprache auswendig zu lernen und sich über Städte und Landschaften, die er auf seiner Reise durchquert, auf das Gründlichste zu unterrichten*¹²². De Gaulle strebe bei seiner Deutschlandreise offensichtlich unmittelbare Kontakte mit breiteren Bevölkerungskreisen an und sehe darin die *psychologische Vorbereitung der Durchführung einer Idee eines zweiseitigen deutsch-französischen Bündnisses*.

Blankenhorn informierte seinen Außenminister auch darüber, dass es offenbar in der französischen Administration starke Vorbehalte wegen der möglichen Reaktionen der anderen Gemeinschaftsstaaten gegenüber den Plänen des Staatspräsidenten gab, die de Gaulle aber nicht akzeptierte. Er vertrat augenscheinlich eine Art europäischer Magnet-Theorie: Die *solution à deux* auf militärischem und politischem Gebiet werde *gleichsam als Magnet auf die anderen europäischen Staaten wirken* und sie zu der Einsicht führen, dass sie sich *notwendigerweise* der deutsch-französischen Initiative, die in Baden-Baden von ihm entwickelt worden war, *anschließen müssten*¹²³. Er sei sogar der Ansicht, eine intensiviertere Kooperation könne auf längere Sicht einen *Ausgleich mit Sowjetrußland* bewirken.

Der deutsche Botschafter in Paris schien nicht nur in dieser Hinsicht skeptisch zu sein. Er hatte die internationale Diplomatie und die innenpolitischen deutschen Diskussionen im Blick, die um die Frage der Verlässlichkeit der NATO, mit deren Strukturen er bestens vertraut war, und der amerikanischen Interventionsbereitschaft zugunsten der Sicherheit in Europa kreisten. So stellte er seinem Außenminister Schröder unverblümt die Frage, *wie wir uns nach den Zusagen des Bundeskanzlers, die von General de Gaulle als feierliche Verpflichtung bewertet werden, einer Situation entziehen können*, die Widerstände im Kabinett und im Bundestag nach sich ziehen müssten. Damit deutete er die Möglichkeit einer diplomatischen Obstruktion durch das Auswärtige Amt an. In der Tat bestimmte die Dynamik des *Dreiecks*¹²⁴ zwischen Bonn, Washington (mit London) und Paris in den Folgejahren die außenpolitischen Grundsatzdebatten zwischen Atlantikern und Gaullisten und führte schließlich zu einer Dämpfung der ursprünglichen Erwartungen beider Staatsmänner, vor allem de Gaulles¹²⁵.

122 Botschafter Blankenhorn an Bundesminister Schröder; Akten 1963 Nr. 314, S. 1390.

123 Ebd., S. 1391.

124 Vgl. Helga HAFTENDORN, Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000, Stuttgart u. München 2001, S. 79 ff.

125 Vgl. dazu Helga HAFTENDORN, Sicherheit und Entspannung: Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, Baden-Baden 1986; Dies., Sicherheit und Stabilität der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und Nato-Doppelbeschluss, München 1986.

Adenauer blieben diese Versuche, das sich anbahnende gute Verhältnis zwischen Frankreich und der Bundesrepublik mit Blick auf die atlantischen Verpflichtungen zu dämpfen, nicht verborgen. Er legte zu Beginn des am Morgen des 5. September angesetzten zweiten vier-Augen-Gesprächs großen Wert darauf, den möglicherweise bei de Gaulle entstandenen Eindruck zu korrigieren, den dessen Gespräch mit dem *ängstlichen* Bundespräsidenten Heinrich Lübke hinterlassen hatte. Offensichtlich hatte Adenauer Befürchtungen, de Gaulles Staatsbesuch sei bereits durch Lübke belastet, zumindest sei der französische Staatspräsident aber irritiert (*beirrt*) worden. Lübke sei *den Dingen nicht so nahe wie er selbst*.

De Gaulle beseitigte diese Befürchtungen. Er berichtete, Lübke hätte seiner Sorge Ausdruck gegeben, *die deutsch-französische Freundschaft und Einigkeit dürfe nicht so demonstrativ sein, weil man sonst Gefahr laufen würde, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg beiseite zu schieben oder einzuschüchtern*¹²⁶. Überdies sei der Bundespräsident der Meinung gewesen, *für viele Deutsche [sei] in Wirklichkeit der Beschluss praktisch gefasst, Großbritannien in die Gemeinschaft aufzunehmen*¹²⁷. Damit hatte Lübke früh, am Beginn der Deutschlandreise, einen zentralen Bereich der deutsch-französischen Zusammenarbeit relativiert und in gewisser Weise den Verantwortungsbereich Adenauers beeinflussen wollen. Dies konnte der Bundeskanzler nicht akzeptieren. Deshalb musste er den entstandenen Eindruck schon im Ansatz korrigieren. Der Bundeskanzler machte de Gaulle unmissverständlich klar, dass er die *Richtlinien der Politik* bestimme, *nicht* der Bundespräsident, der überdies *gar nicht die Zeit [habe], sich näher mit den Dingen zu befassen*. Die Probleme, die aus einem Beitritt Großbritanniens resultierten, seien überhaupt nicht durchdacht; überdies drohe dadurch der europäische Verwaltungsapparat übermäßig groß und entsprechend *unübersichtlich* zu werden.

De Gaulle betonte, er hätte Lübke widersprochen. Das von ihm angestrebte *Bündnis* zwischen Deutschland und Frankreich werde die Gemeinschaft nicht belasten, sondern *ganz im Gegenteil* stärken. Wenn aber Großbritannien der Wirtschaftsgemeinschaft beiträte, entstünde eine völlig andere Welt, die er sich zwar vorstellen könne, an deren Entstehung er aber nicht mitwirken wolle. So wurde erneut deutlich, dass es sich bei dem kurzfristig angesetzten Baden-Badener Zusammentreffen um den Versuch gehandelt hatte, eine ganz neue Strategie, geradezu eine neue europäische Architektur vorzubereiten. Es ging nicht mehr allein um sicherheitspolitische Fragen, sondern um die Intensivierung der europäischen Integration auf bilateraler Basis.

126 Akten 1963, S. 1493.

127 Lübkes Bedenken waren nicht grundlos, denn der Staatsbesuch de Gaulles wurde in London *mit gespannter Aufmerksamkeit* verfolgt; so berichtete die FAZ 205 v. 4. 9. 1962, S. 4.

So hob de Gaulle hervor, dass im Falle einer Erweiterung der EWG durch die EFTA-Staaten die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Integration zu einer politischen Gemeinschaft gefährdet sei. Frankreich werde sich deshalb einer derartigen Ausweitung nicht anschließen. Damit war für Adenauer das Stichwort gegeben, die *Hauptlinie* seiner deutsch-französischen Bündnispolitik zu verdeutlichen: *Frankreich und Deutschland seien gemeinsam von der Sowjetunion bedroht, sie seien Nachbarn, sie hätten vieles gemeinsam, und die Natur der Dinge mache es zwingend, dass diese beiden Länder einen politischen Damm gegen den Vormarsch des östlichen Kommunismus darstellten*¹²⁸.

Im Zentrum von Adenauers Überlegungen stand die Hoffnung, *dass zwischen Frankreich und Deutschland in der Zukunft niemals mehr eine Sorge oder Gefahr entstehen könne*. Diese merkwürdige Formulierung verlangt insofern eine nachträgliche Deutung, als für Adenauer mit dem Begriff der Sorge vor allem die Furcht vor einer deutschen und gegen Frankreich gerichteten Aufrüstung gemeint sei. Die habe gerade die von Schuman und Monnet geschaffene Montanunion dämpfen wollen, denn eine drohende *Aufrüstung* werde zuerst bei Kohle und Stahl¹²⁹ sichtbar. Für ihn sei das *Rückgrat aller Entwicklungen in Europa* [...] *das deutsch-französische Verhältnis*¹³⁰. Ihm liege *sehr am Herzen*, dass es durch eine *präzise und feste Abmachung*, die Stabilität *dauerhaft* verbürge, *geregelt* werde. Denn *je größer die Gefahr der Bedrohung aus dem Osten sei, umso notwendiger sei es, dass Frankreich und Deutschland eine gemeinsame Politik hätten*.

Sowohl Adenauer als auch de Gaulle distanzieren sich durch die Beschwörung einer Verbindung zwischen ihren *beiden Völkern* von den Vorstellungen einer gemeinschaftsorientierten *Politischen Union*. De Gaulle erhielt auf die Frage, wie sich Adenauer ein *solidarisches Arrangement* vorstelle, die Antwort, *Frankreich und Deutschland sollten zu einem Abkommen gelangen, das zwar nicht an die große Glocke gehängt zu werden brauche, aber in der Praxis funktioniere*. Er setze auf eine Art *Gentlemen's Agreement* und eine besonnene *weitere Entwicklung*. De Gaulle stimmte zu, indem er betonte, beide hätten bereits damit begonnen, dieses *Agreement zu praktizieren*. Insofern sei es *nicht notwendig, einen feierlichen Vertrag zu schließen und den Abschluss unter Glockengeläute und mit Feuerwerk zu feiern*¹³¹. De Gaulle drängte aber auf eine Konkretisierung dieses Einverständnisses und regte eine *bessere Organisation* der diplomatischen Zusammenarbeit vor allem in der Berlin-Frage, im Ost-West-Verhältnis, der Verteidigung, der Afrika- und Entwicklungspolitik an. Man müsse *gemeinsam auftreten, das sei wichtig*.

128 Akten 1963, S. 1494 f.

129 Ebd., S. 1495.

130 Ebd., S. 1496.

131 Ebd., S. 1497.

Damit hatte de Gaulle den Blick auf sein Kernanliegen, eine gemeinsame Verteidigungspolitik, gelenkt. Aus einem unbestreitbaren *gemeinsamen Verteidigungsbedürfnis*, das Resultat gemeinsamer und *spezifischer Bedrohung* sei, könne eine Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften hervorgehen. De Gaulle, noch einen Tag nach seiner Ankunft in Bonn sichtlich beeindruckt von dem freundlichen Empfang, den ihm die deutsche Bevölkerung am Vortag bereitet hatte¹³², riskierte in dieser Hinsicht ohne Zweifel mehr als Adenauer, *denn Deutschland habe ganz Frankreich hart unter Besetzung gehalten, und damit sei notwendigerweise die französische Bevölkerung gegenüber Deutschland zurückhaltender, als dies in Deutschland gegenüber Frankreich der Fall sei*¹³³. Er regte ein *Massentreffen* Jugendlicher an, denn es sei doch *ein Leichtes, in einem Jahr Millionen deutsche Jugendliche nach Frankreich und im nächsten Jahr eine Million junge Franzosen nach Deutschland zu bringen. Man brauche sie nur einzuladen und könne sie in Schulen, notfalls sogar in Zelten unterbringen. Man könne die Beziehungen zwischen den deutschen Universitäten und dem französischen Erziehungssystem besser organisieren. Man könne die Kenntnis der Sprache des anderen Landes stärker fördern. Man könne die Äquivalenz der Diplome zwischen beiden Ländern realisieren, die gegenseitige Anerkennung der Fachausbildung. All dies könne man noch besser machen. Das sei eine wahre Politik, wahrscheinlich sogar die wichtigste Politik, die man überhaupt verfolgen könne. Frankreich sei dazu bereit.*

Hier wurde eine europäische Vision formuliert, die Adenauer überwältigte. Die *echte Einheit*, die de Gaulle beschwor, steckte offensichtlich an. Sie könne in Gestalt einer *Abmachung* gefestigt werden, die mehr sei als ein Briefwechsel oder eine gegenseitig akzeptierte *Niederschrift*. Dennoch verhielt sich Adenauer zurückhaltender als de Gaulle, der bereits 1940 gezeigt hatte, dass er die Realitäten nicht als gegeben, sondern als veränderbar anerkannte. Adenauer schlug vor, ein *kleines Komitee* zu bilden, um die *zahlreichen Möglichkeiten* zu prüfen, die de Gaulle umrissen hatte.

De Gaulle spürte in diesem Augenblick möglicherweise die innenpolitisch bedingte Ursache von Adenauers Zurückhaltung. Er sprach die Rolle der Presse an, die Stimmungen prägte, zuweilen aber auch störte. Deshalb bekräftigte er, er werde sich von diesen Stimmungen nicht abhängig machen, sondern er wolle die öffentliche Wahrnehmung prägen. Die Presse, so sagte er, *lebe ja nicht von der Harmonie, sondern vom Drama, den Hindernissen, den Schwierigkeiten, den Wunden, in denen sie wähle*. Mit Blick auf eine Resonanz in der Presse seien die Verhältnisse nicht zu entwickeln und zu gestalten, sondern durch un-

132 De Gaulle betonte, die Begeisterung habe ihm gezeigt, dass die deutsch-französische Freundschaft in Deutschland schon eine *vollendete Tatsache* sei; vgl. allgemein FAZ 207 v. 6. 9. 1962, S. 1 f. De Gaulle legte einen Teil des Weges zu Fuß zurück, auch, um die Hände begeisterter Zuschauer schütteln zu können.

133 Akten 1963, S. 1498.

mittelbare und vertrauensvolle, verlässliche Kontakte, die auf einer *schriftlichen Abmachung*¹³⁴ in Form einer Niederschrift oder eines Briefwechsel beruhen könnten.

Ihren Niederschlag sollten das ebenso geforderte wie beschworene Vertrauen und die gebotene partnerschaftliche Verlässlichkeit im weiterhin offenen Meinungsaustausch der beiden führenden Staatsmänner Frankreichs und Deutschlands selbst in Personalfragen finden. Ebenso offen wie sich Adenauer kritisch über die Ansichten und Einschätzungen Lübkes und später über die Person des im Zuge der Spiegelaffäre zurückgetretenen deutschen Verteidigungsministers Franz-Josef Strauß geäußert hatte, sprach de Gaulle Adenauer auf seine Einschätzung des deutschen Verteidigungsministers an, der den Eindruck vermittele, aus *verschiedensten Gründen hinsichtlich Materialfragen immer gezwungen* [zu sein], *den Amerikanern den Vorrang* zu lassen. Adenauer nahm diesen Faden auf und ermunterte de Gaulle, bei der geplanten Hamburger Rede auch die deutsch-französische *Waffen-Fabrikationsgemeinschaft* anzusprechen.

De Gaulle sollte Adenauer also dabei behilflich sein, innenpolitische und innerparteiliche Widersprüche zu überwinden – enger ließ sich Zusammenarbeit durch Kommunikation nicht vorstellen. Mit dieser Bemerkung wandte sich Adenauer gegen die „Atlantiker“ der Bundesrepublik, die vor allem auf die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit setzten. Ebenso offen wie über Strauß und Lübke äußerte sich Adenauer über seinen Staatssekretär im Kanzleramt Hans Globke, der in Frankreich viel kritischer als in Deutschland gesehen wurde, aber – Adenauer zufolge – *ganz zu Unrecht von den Kommunisten verfolgt werde*. Globke, der in besonderer Weise zum Objekt der geschichtspolitischen Offensive der SED-Führung geworden war und sogar in Abwesenheit vor einem Ostberliner Gericht wegen seiner angeblichen Mitwirkung an nationalsozialistischen Gewaltverbrechen verurteilt worden war, hatte offensichtlich bei einem Gespräch mit dem französischen Botschafter Vorbehalte gegenüber seiner Person registriert, die Adenauer auszuräumen suchte¹³⁵.

*Ich bin gerührt*¹³⁶ – Die Deutschland-Reise de Gaulles

Die gegenseitigen Staatsbesuche Adenauers und de Gaulles sind in ihrer symbolischen Bedeutung und zugleich auch in ihrer politischen Wirkung nicht zu unterschätzen. Bis dahin war die europäische Integration vor allem auf der politischen Bühne vorangetrieben worden, die die europäischen Institutionen verkörperten – die gemeinsamen politischen Gespräche beider Staatsmänner hatten niemals eine öffentliche Wirkung entfaltet, wie dies bei den Reisen

134 Ebd., S. 1501.

135 Akten 1963, S. 1500.

136 Charles de Gaulle in der Kölner Rede vom 5. 9. 1962.

Adenauers nach Paris, Bordeaux und Reims oder dem sich geradezu triumphal entfaltenden Gegenbesuch de Gaulles in der Bundesrepublik Anfang September 1962 der Fall war. Die Mischung von privater und hochoffizieller Zusammenkunft wurde wiederum beibehalten. Am Nachmittag seines Anreisetages nahm de Gaulle an der berühmten Teestunde teil. Beide Politiker waren von der Resonanz, die sie erfuhren, selbst überrascht; so empfanden sie sich als Politiker, die nicht nur einen Auftrag, eine politische Mission erfüllten, sondern sich im Einklang mit der Bevölkerungsstimmung wählten¹³⁷.

Die bereits angedeuteten Bedenken des deutschen Botschafters in Paris Blankenhorn hatten sich nicht nur bestätigt, sondern gesteigert, weil de Gaulle immer wieder bei jeder sich bietenden Gelegenheit die *Notwendigkeit* [...] einer ‚organischen‘ Gestaltung der deutsch-französischen Verbundenheit betont und auf diese Weise die *Möglichkeit einer politischen Union zwischen Deutschland und Frankreich* scharf akzentuiert hatte¹³⁸. Dies machte deutlich, wie konsequent er das in Baden-Baden so intensiv und geradezu als dramatisch angesprochene Thema der Zusammenarbeit im Blick behielt. Die Einwände der Kritiker dieser Kooperation waren ihm nicht verborgen. Er ging auf seiner Reise offensiv damit um. Auch dies ging den Anhängern der atlantischen Kooperation entschieden zu weit. Aber die öffentliche Resonanz machte deutlich, dass es einfach nicht an der Zeit war, de Gaulles Vision und der Perspektive Adenauers offen zu widersprechen, denn die deutsche Öffentlichkeit stand völlig unter dem Eindruck der Wirkung de Gaulles. Der Besuch wurde geradezu als *Szenerie* eines *Monumentalfilms* gedeutet¹³⁹, dessen *Komparsenheer* Kritiker zum Schweigen brachte.

Diese Folgen des Besuchs hatte Blankenhorn befürchtet, als er völlig zutreffend in seinem streng geheimen und *persönlichen* Schreiben an Außenminister Schröder angedeutet hatte, de Gaulle bereite sich *psychologisch* auf Deutschland vor, um seine *Idee eines zweiseitigen deutsch-französischen Bündnisses* zu fördern. In de Gaulles Plänen sollte, wie gesagt, die deutsch-französische Zusammenarbeit wie ein *Magnet auf die anderen europäischen Staaten* wirken und diese zwingen, sich der Kooperation anzuschließen. Adenauer hätte sich in Gesprächen mit de Gaulle auf eine Weise geäußert, die de Gaulle als *feierliche Verpflichtung* bewerte. Der Chef des Presse- und Informationsamtes musste schließlich sogar die Übersetzung der Rede de Gaulles korrigieren – *organische Zusammenarbeit* wurde zunächst durch den Begriff der *Verstärkung*, schließlich durch den der *engeren Verknüpfung* beider Staaten abgeschwächt¹⁴⁰.

137 So betonte de Gaulle, der *stürmische Empfang durch die Bevölkerung* sei ein *Beweis dafür, dass das Werk gelungen sei*. Gespräch Adenauer – de Gaulle; Akten 1963 Nr. 346, S. 1493.

138 FAZ Nr. 207 v. 6. 9. 1962, S. 1.

139 Walter HENKELS, Wenn de Gaulle am Dienstag kommt, in: FAZ 201 v. 1. 9. 1962, S. 2.

140 Ebd.

Damit waren die Erwartungen de Gaulles, die Möglichkeiten Adenauers, zugleich aber auch die Überlegungen der Kritiker einer engen deutsch-französischen *Zusammenarbeit* auf den Punkt gebracht. Der Verlauf der Reise, die Reaktion der deutschen Bevölkerung und die Kommentare der Medien würden darüber entscheiden, ob die in Baden-Baden bei Jahresbeginn angedachte weitere Entwicklung einträfe. Zum Erfolg musste der Staatsbesuch werden, wenn es gelang, seine symbolische Wirkung deutlich zu machen: *Überwindung der Vergangenheit von Feindschaft und Krieg*¹⁴¹. Dies hatte auch Adenauer ausgedrückt, als er sich am Vorabend des Staatsbesuchs über das Deutsche Fernsehen an die Öffentlichkeit wandte und den *geschichtlichen Rang* der Begegnung betonte. Er empfinde eine *tiefe Befriedigung* darüber, *dass der große Plan, den wir seit Beginn unserer politischen Arbeit in der Bundesrepublik verfolgten, nämlich zwischen Deutschland und Frankreich eine dauernde Freundschaft zu begründen, verwirklicht werden konnte*¹⁴².

Der Beginn des Besuches war eine geradezu begeisterte Reaktion auf de Gaulles Verhalten und Ansprache¹⁴³. Die *Aussöhnung* sei eine *vollzogene Etappe*, war zuvor aus Frankreich verlautbart worden¹⁴⁴. Die Reise begann mit einem Besuch des Bonner Rathauses und führte nach Köln, wo de Gaulle Adenauer auf besondere Weise als Europäer würdigte. Er betonte, wie *gerührt* er durch den begeisterten Empfang sei, den Adenauer in seiner Ansprache als Ausdruck enger deutsch-französischer Zusammengehörigkeit deutete.

Die Begeisterung der Deutschen übertraf offensichtlich alle Erwartungen. Die FAZ berichtete von *begeisterten Ovationen* in Bonn und einem *stürmischen Empfang* in Köln. De Gaulles Worte seien auf eine *schwingende Begeisterung der Menge* getroffen, hätten sie gesteigert und seien dann im Beifall geradezu untergegangen¹⁴⁵. Die Woge des Gefühls steigerte sich zu einer den Korrespondenten überraschenden *Heiterkeit und Gelöstheit*: *Es scheint, als gäbe ein Volk, das dem Gefühl in der Politik über die Maßen ängstlich zu misstrauen gelernt hat, sich ihr umso gelöster hin, als es der steif-gerade, seiner selbst so bewusste Franzose ist, der ihm die Erlaubnis, ja die Ermunterung dazu gibt*¹⁴⁶. Bernd Naumann, der Bonner Korrespondent der FAZ, brachte *Jubel und Trubel* in einer Schlagzeile zum Ausdruck: *Der General drückt sie alle an sein französisches Herz*¹⁴⁷.

141 FAZ 204 v. 3. 9. 1962, S. 3.

142 Die Fernseh-Ansprache Adenauers, in: FAZ 205 v. 4. 9. 1962, S. 4.

143 Walter HENKELS, Blauweißrot und Schwarzrotgold, in: FAZ 206 v. 5. 9. 1962, S. 2.

144 Ebd.; ferner Hans Achim WESELOH, Die Demonstration des Staatsbesuches, in: FAZ 205 v. 4. 9. 1962, S. 2.

145 FAZ 207 v. 6. 9. 1962, S. 1.

146 Dps, „Die ganze Gemeinschaft“, ebd.

147 FAZ 207 v. 6. 9. 1962, S. 2.

Am folgenden Tag, dem 5. September, trat der Staatspräsident dann seine mehrtägige Deutschlandreise an, nachdem er noch einmal zwei Stunden vertraulich mit Adenauer konferiert hatte¹⁴⁸. Der Reisebeginn stand zunächst im Zeichen einer Schiffsfahrt auf dem Rhein. Adenauer begleitete den französischen Staatspräsidenten bis Düsseldorf und nutzte die Fahrt für ein etwa 90 Minuten währendes drittes Gespräch unter vier Augen über Verteidigungsfragen, die für de Gaulle von zentraler Bedeutung waren¹⁴⁹. Adenauer sprach Gerüchte an, denen zufolge die Bereitschaft der Vereinigten Staaten bezweifelt würde, Europa mit allen Mitteln im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion zu verteidigen. Kennedy hatte Adenauer in einem persönlichen Schreiben, das de Gaulle zur Kenntnis gegeben wurde, *sein Wort gegeben, dass im Falle eines russischen Angriffs sofort alle amerikanischen Waffen zur Verteidigung Europas eingesetzt würden*¹⁵⁰.

De Gaulle konstatierte aber, die USA besäßen einen *Spielraum der Ungewissheit*, den die sowjetische Seite vor allem in der Diskussion über den Status von Berlin ausnutze und der sich vor allem im Anspruch des amerikanischen Präsidenten niederschlage, im Falle eines Angriffs der Roten Armee alle Einsatzbefehle zu geben. Damit werde in weiter Entfernung von dem europäischen Kriegsschauplatz entschieden.

Das Gespräch konzentrierte sich auf die Diskussionen von Szenarien eines sowjetischen Angriffs und möglicher Reaktionen. Dabei zeigte sich, dass Frankreichs Verteidigungsbemühungen eine unterstellte Unzuverlässigkeit der amerikanischen Seite zu kompensieren hatten. So wurde deutlich, dass die deutsch-französische Annäherung weniger als später in den grundlegenden Darstellungen des deutsch-französischen Verhältnisses behauptet, der grundlegenden Korrektur der deutsch-französischen Gegensätze diene, als vielmehr vor allem eine sicherheits- und verteidigungspolitische Unsicherheit beseitigen sollte, die sich auf die nicht zuverlässig einzuschätzende neue Verteidigungsstrategie der USA bezog. Dies war auch der Hintergrund der Überlegungen, die „Europäische Union“ weiterzuentwickeln.

In Düsseldorf, wo er *trotz des Regens begeistert empfangen* wurde¹⁵¹, begann de Gaulle seine eigentliche Deutschlandreise. Er inszenierte die Begegnung mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten als Exempel für die enge Verflechtung der *Lande an Rhein und Ruhr*. Hatte man in Bonn und Köln 50 000 Zuschauer gezählt, so verdoppelte sich diese Zahl in Düsseldorf. Obwohl es

148 Gespräch Adenauer – de Gaulle; Akten 1963, Nr. 346, S. 1493 ff.

149 Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle auf der MS Deutschland, 6. 9. 1962; Akten 1963, Nr. 347, S. 1502 ff.

150 Ebd., S. 1504.

151 Bernd NAUMANN, Lächelnd unter den geöffneten Schleusen des Himmels, in: FAZ 208 v. 7. 9. 1962, S. 2.

regnete, fuhr de Gaulle im offenen Wagen, schüttelte Hände und küsste ein kleines Mädchen, das ihm Blumen reichte. Übertroffen wurde diese Stimmung in Duisburg – de Gaulle hätte sich geradezu von der Stimmung der Arbeiter *mitreißen lassen* – und fand einen neuen Höhepunkt in de Gaulles Rede vor den Arbeitern der Thyssen-Hütte. Er sprach vor 10 000 Arbeitern, vor der *phantastischen Kulisse der Warmbreitbandhalle*, in der die Produktion während der Rede nicht unterbrochen wurde. Diese Rede in der *ehemaligen Waffenschmiede Deutschlands* wurde als besonders starkes Zeichen der *Versöhnung* empfunden und bejubelt¹⁵². Jürgen Tern, der Mitherausgeber der FAZ, bezeichnete sie als ein genau vorbereitetes *Meisterwerk praktizierter Psychologie*¹⁵³.

Die folgenden großen Reden de Gaulles setzten weitere Akzente. Hamburg hatte de Gaulle in der Wahrnehmung *im Sturm genommen*¹⁵⁴, obwohl er den Blick in der angeblich allerenglischsten Stadt auf Großbritannien gerichtet hatte, ein Land, das Adenauer und de Gaulle als Bestandteil der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der sich daraus entwickelnden Europäischen Union außerordentlich skeptisch bewerteten. In Hamburg sei das *Verlangen, Großbritannien bei dem europäischen Einigungswerk dabei zu haben, besonders ausgeprägt*, hatte die Frankfurter Allgemeine konstatiert¹⁵⁵. Im Vergleich dazu trat de Gaulles Rede vor der Führungsakademie der Bundeswehr in den Hintergrund.

Selbst in seiner Skepsis riss de Gaulle die Deutschen mit. Das zeigte sich in München, wo er vor der Feldherrnhalle¹⁵⁶ sprach, einem historisch durch den Hitler-Putsch vom 9. November 1923 kontaminierten Gelände¹⁵⁷. So blieb Geschichte bewusst. Auf dem Weg nach Stuttgart nahm er eine Panzerparade auf der Schwäbischen Alb ab, Düsenjäger jagten über die Truppen dahin, deren Vorgänger bei deutsch-französischen Kriegen *Attacke geritten* hätten¹⁵⁸.

Triumphal wurde dann der Besuch in Baden-Württemberg zelebriert. Einen der Höhepunkte stellte die Ansprache de Gaulles vor 9000 Jugendlichen im Hof des Ludwigsburger Schlosses dar, in der er die *natürliche Solidarität* von Franzosen und Deutschen beschwor. Er kehrte damit zu den Überlegungen zurück, die bereits bei der kurzen Besprechung in Baden-Baden angesprochen worden waren: *Die große Auseinandersetzung in der Welt, die sie in zwei Lager spaltet, erheischt von den Völkern Deutschlands und Frankreichs, dass*

152 Ebd.

153 J.T., Ein mächtiger Anstoß, FAZ 208 v. 7. 9.1962, S. 1.

154 Bernd NAUMANN, FAZ 209 v. 8. 9.1962, S. 2.; der Hamburger Erste Bürgermeister Nevermann erklärte anschließend, Hamburg hätte eine derartig begeisterte Begrüßung eines Staatsgastes *noch niemals erlebt*; ebd., S. 4.

155 Ebd.

156 Bernd NAUMANN, Der General vor der Feldherrnhalle, in: FAZ 210 v. 10. 9.1962, S. 6 f.

157 FAZ 210 v. 10. 9.1962, S. 1 f.

158 FAZ 210 v. 10. 9.1962, S. 7.

*sie ihrem Ideal die Treue halten, es mit ihrer Politik unterstützen und gegebenenfalls verteidigen und ihm kämpfend zum Siege verhelfen*¹⁵⁹. Als der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg Kurt Kiesinger das Resümee der sechstägigen Reise in die Worte kleidete, de Gaulle hätte *die Herzen eines ganzen Volkes, jung und alt, im Sturm erobert*¹⁶⁰, drückte er ein weit verbreitetes Gefühl aus. In der Tat hatten Zuschauer auf dem Stuttgarter Flughafen sogar Absperrungen niederreißen und auf das Flugfeld strömen können, um die Nähe de Gaulles zu finden.

Ausblick: Vertragliche Besiegelung der deutsch-französischen Freundschaft

Das Ergebnis der Kontakte, Gespräche und gegenseitigen Besuche lag auf der Hand. In Deutschland *fühlte man sich in diesem Augenblick Frankreich näher denn je. Die Ovationen für den französischen Staatschef, die der Politik der Aussöhnung nicht weniger galten als der Person, nahmen im Laufe der Reise mehr und mehr einen plebiszitären Charakter an*¹⁶¹.

Die weitere Entwicklung mündete in den Élysée-Vertrag vom 22.1.1963¹⁶². Er sollte die Grundlagen weiterer intergouvernementaler Kooperation schaffen, bedeutete aber doch einen Rückschritt gegenüber der erstmals in Baden-Baden angedeuteten französischen Initiative einer deutsch-französischen Union, die nicht nur die gemeinsame Abstimmung in zentralen Sicherheits- und Verteidigungsfragen, sondern sogar eine gemeinsame deutsch-französische Staatsbürgerschaft in den Bereich des Wünschenswerten und damit des Möglichen gerückt hatte. Seit dem Besuch de Gaulles in Deutschland, der geradezu triumphal endete, war die Welt hart am Rand einer atomaren Auseinandersetzung vorbeigeschlittert. Mit der Kuba-Krise hatte sich der politische Bezugsrahmen entscheidend verändert, mit ihr aber auch das europäisch-atlantische Verhältnis.

Ebenso wie de Gaulle war Adenauer keineswegs sicher, dass die Vereinigten Staaten unter Einsatz ihres gesamten Potentials an Atomwaffen bereit waren, Europa vor einem sowjetischen Angriff zu schützen. Beide Staatsmänner waren durch den Wankelmut der amerikanischen Führung irritiert, vor allem aber schienen sie erschüttert, weil auf dem Seeweg strategische sowjetische Waffen unbemerkt auf Kuba stationiert werden konnten, dies ganz im unmittelbaren Vorfeld der USA und der von ihr kontrollierten Seewege. Hinzu kam, dass die amerikanische Regierung führende Militärs aus Europa abberufen hatte, die als entschlossene Vertreter der Überzeugung eingeschätzt wurden, auf eine euroat-

159 FAZ 210 v. 10. 9. 1962, S. 1.

160 Ebd.

161 Jürgen TERN, Achse Paris – Bonn?, in: FAZ 215 v. 15. 9. 1962, S. 1.

162 Vgl. Akten 1963, Nr. 6, S. 26 ff.

lantische Bedrohung durch die Sowjetunion könne nur mit einem Gegenschlag geantwortet werden, der alles auf die Karte atomarer Vergeltung setze.

Die Notwendigkeit einer entschlossenen militärischen Antwort einte de Gaulle und Adenauer. Deshalb irritierte sie die amerikanische Ansicht, auf einen sowjetischen Angriff müsse differenziert und nicht mit der ganzen Macht atomarer Vernichtung reagiert werden ebenso wie die Forderung des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara, vor allem die Bundesrepublik sollte konventionelle Rüstungsanstrengungen verstärken.

Allerdings bot diese Entwicklung de Gaulle eine ausgezeichnete Rechtfertigung seiner eigenen Überlegungen, mit denen er durch seine kritische Bewertung der amerikanischen und britischen Verteidigungsbereitschaft sein eigentliches verteidigungs- und sicherheitspolitisches Anliegen, in den Mittelpunkt der bilateralen Vier-Augen-Gespräche rücken konnte, die er mit Adenauer im Vorfeld der Vertragsunterzeichnung geführt hatte. Damit schwand zugleich die Bedeutung der europäischen Union und wurde in den Hintergrund gedrängt.

Dies hatte de Gaulles Berater Soutou bereits im Herbst angedeutet. Entscheidend wurden aber die Beratungen des Bundestags, in denen die Mehrheit der Abgeordneten – aus der Sicht der französischen Regierung – die Perspektiven der deutsch-französischen Zusammenarbeit verwässerten. Damit nahmen manche der in Baden-Baden formulierten Erwartungen in der Folgezeit eine andere Richtung. Europäische Wahlen zu einem europäischen Parlament, neue Abstimmungsmodi, eine gemeinsame Währung, die Ausweitung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu einer Europäischen Union markieren einen anderen Weg der Integration als ihn sich de Gaulle und Adenauer vorstellen wollten.

Die grundsätzliche Bedeutung der Begegnung vom 15. Februar 1962 wird dadurch nicht korrigiert. Es war Adenauer, der unabhängig von den offiziellen Kommuniqués eine Summe der Gespräche zog, die er gemeinsam mit de Gaulle geführt hatte. *Das Volk*, sagte er bei der zentralen Bonner Tischrede, äußere sich in den einzelnen Ländern verschieden. Er persönlich empfinde es als eine Ehre und sei de Gaulle von Herzen dankbar, dass er ihn wiederholt als Freund bezeichnet hätte. *Ich bitte Sie, davon überzeugt zu sein, dass die Gefühle, die ich für Sie hege, die gleichen sind, die Sie mir gegenüber empfinden. Das war immer das Schöne und Segensreiche an den politischen Unterhaltungen, die wir früher geführt haben [...] dass sie so offen, so klar und so ungeschminkt gewesen sind, wie sie eben nur unter Freunden sein können*¹⁶³.

Der Wandel in den deutsch-französischen Beziehungen war nach dem 2. Weltkrieg so tiefgreifend, dass es wichtig ist, die Bedeutung dieser gewandel-

163 FAZ 208 v. 7.9.1962, S. 5.

ten, den Frieden in Europa sichernden Beziehungen zu verstehen¹⁶⁴. Nach dem Weltkrieg, den Franzosen den „Großen Krieg“ nennen, zeichnete sich erstmals Mitte der zwanziger Jahre ein in die Zukunft weisender politischer Wandel im Verhältnis der Regierungen und Völker beider Staaten ab. Aristide Briand dachte damals über die Grundlage eines neuen Europa nach. Er wusste, dass die Entschärfung der Gegensätze die Voraussetzung jeder deutsch-französischen Zusammenarbeit sei. Er hatte den „Großen Krieg“ nicht so sehr als nationale Selbstbehauptung der Franzosen, sondern als europäische Katastrophe wahrgenommen. Damals habe er *so Furchtbares gesehen, das schreckliche Gemetzel hätte ihn mit solchem Schauer erfüllt, dass er sich bei seinem Gewissen schwor, wenn je der Sieg errungen wäre und der Zufall ihn wieder an die Macht beriefe, sein ganzes Sinnen und Trachten, sein Dasein der Sache des Friedens zu widmen, um die Wiederkehr solcher Gräuel zu verhindern*¹⁶⁵.

Die Konsequenz war für ihn so klar wie einfach: *Sie sind Deutscher, ich bin Franzose. Auf diesem Boden werden wir uns schwer verständigen. Aber ich kann Franzose sein und guter Europäer, Sie Deutscher und guter Europäer. Zwei gute Europäer müssen sich verständigen.* Briand wusste: *Ehe Deutschland und Frankreich nicht Hand in Hand gehen, wird nirgends Frieden werden.* Deshalb ließ er sich nicht von der öffentlichen Meinung irritieren, die weit hinter seinen Einsichten zurückgeblieben war: *Wir haben europäisch gesprochen, eine neue Sprache, die man lernen sollte*¹⁶⁶. Als im französischen Senat seine Locarno-Politik angegriffen wurde, fragte Briand verwundert: *Wie denn? Ewig? Soll dieser Zustand ewig dauern? Ewig soll man einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland zu fürchten haben? Ewig sollen diese beiden Völker nur an Rüstungen denken, offen oder versteckt? Immer neue Kriege – und das nennen Sie eine Zukunft?*¹⁶⁷

Bestätigt fühlte sich Briand, der sich weiter hervorgewagt hatte als seine deutschen Partner, durch Veteranen des Großen Krieges, durch Kriegsbeschädigte, Kriegskrüppel, die ihn aufforderten, seine Versöhnungsarbeit, die auf dem Willen zum gegenseitigen Verständnis beruhte, fortzusetzen. Deshalb rief Briand aus: *Es ist vorbei mit dem Krieg zwischen uns! Es ist vorbei mit den langen Trauerschleiern, mit all den Leiden, die sich nie wieder über unsere Länder legen werden. Nie wieder blutige Lösungen, um unsere Differenzen auszuglei-*

164 Ich teile nicht die Warnung vor einer *Gefahr des Überdrusses*, die im Zuge einer Interpretation des deutsch-französischen Verhältnisses entstehen könnte, wie sie Clemens KLÜNEMANN, ‚Eiserner Kanzler‘ und ‚Grande Nation‘: Selbst- und Fremdwahrnehmung in den deutsch-französischen Beziehungen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Nr. 1–3, Jg. 63 v. 31.12.2012, S. 9, äußert.

165 Emil LUDWIG, *Die Führer Europas*, Amsterdam 1934, S. 102.

166 Ebd., S. 105.

167 Ebd., S. 106.

*chen, die weiter bestehen werden! Jetzt wird ein Richter da sein, Recht zu sprechen! Weg mit Gewehr und Kanonen! Raum für Verständigung, für Schiedsspruch, für Frieden!*¹⁶⁸

Es war derselbe Geist, der aus der Frage sprach: *Hasst der Franzose den Deutschen?*¹⁶⁹ Mit dieser provokanten Herausforderung leitete Kurt Tucholsky 1926 einen kleinen Aufsatz ein und unterschied sich mit seiner Antwort von vielen seiner Landsleute. Sie war eindeutig: Der Franzose hasse den Deutschen nicht; der Deutsche scheine vielmehr für Tucholsky das Problem zu sein, denn er sei *von leichter Monomanie* besessen, weil er alles darauf abstelle, ob man ihn liebe oder nicht. Man spürt Tucholskys innere Rührung, wenn er von Menschen berichtet, die ihm die Hand hinstreckten und sagten: *Que voulez-vous! La guerre est finie*. Deshalb endet seine Betrachtung mit einem Appell: *Strecken wir die Hände aus: sie würden ergriffen werden. Nur wissen wir nichts voneinander, sind uns fremd und so weit voneinander entfernt. Sähe der Franzose die Hand: er ergriffe sie*. Jahrzehnte später reagierte eine französische Kriegerwitwe auf kommunistische Demonstranten in Bordeaux, deren öffentliche Proteste sich gegen Adenauer richteten, mit den Worten: *Schämt euch! Ich habe meinen Mann im Krieg verloren, aber ihr wollt wohl niemals Frieden. Es ist gut, dass Adenauer bei uns zu Besuch ist, gut für den Frieden!*¹⁷⁰

168 Ebd., S. 107.

169 Kurt TUCHOLSKY, *Deutschenhass in Frankreich*, in: ders., *Gesammelte Werke* Bd. 4, Reinbek 1975, S. 436.

170 HAW, *Der Besuch des Kanzlers in Frankreichs Provinz*, in: FAZ 156 v. 9.7.1962, S. 3.